Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

Proteste 2005

- **Einmischung gegen die deutsche Türkeipolitik tut Not**
- **Interview mit Dr. Amieke Bouma: Eine zersplitterte politische Landschaft: Kommunalwahlen in den Niederlanden**
- **Mannheim: Private Verpackungs- und Wertstoffsammlung lädt ihre Probleme bei der städtischen Abfallwirtschaft ab**
- **Schluss mit Hartz IV? – Das „Solidarische Grundeinkommen" wäre immerhin ein Anfang**
- **Kalenderblatt: Belgien, 1894 – Fundamente für ein System sozialer Sicherheit werden gelegt**

Beilage: Themenheft „Religionsfreiheit und linke Politik"

Ausgabe Nr. 4 am 12. April 2018, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch". Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

online lesen: www.linkekritik.de/pb-i.html

Puigdemont: Auslieferungshaft bei gleichzeitiger Haftverschonung

Christoph Cornides, Mannheim

Auf der Grundlage eines europäischen Haftbefehls wurde der ehemalige katalanische Regionalpräsident Carles Puigdemont am 1.4.2018 in der Nähe der dänischen Grenze auf der Rückfahrt von einer Skandinavienreise nach Brüssel von der deutschen Polizei festgenommen.

Der europäische Haftbefehl „vereinfacht" die Auslieferung eines Verdächtigen zwischen zwei Mitgliedstaaten der EU. Die Justizbehörden arbeiten dabei direkt zusammen und entscheiden selbst. Angeklagt ist Puigdemont in Spanien wegen „Rebellion" und Veruntreuung öffentlicher Gelder. Ein mit „Rebellion" vergleichbarer Straftatbestand nach deutschem Recht wäre „Hochverrat". Den aber sah der Erste Strafsenat des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts nicht gegeben. (s. Begründung). Es fehle das Element der Gewalt.

Das Oberlandesgericht ordnete Auslieferungshaft und gleichzeitig Haftverschonung unter Auflagen an. Gegen eine Kaution von 75.000 Euro und unter verschiedenen weiteren Auflagen wurde Carles Puigdemont am 6.4. aus dem sogenannten Festhaltegewahrsam entlassen.

Der Auslieferungshaftbefehl bezieht sich nur auf den Vorwurf der Veruntreuung, nicht aber den der Rebellion. Puigdemont darf die Bundesrepublik Deutschland nicht verlassen, muss jeden Wechsel des Aufenthalts mitteilen und sich regelmäßig bei der Polizei melden. Inzwischen haben Puigdemonts Anwälte erreicht, dass er sich in Berlin – wo er sich vorläufig niederlassen will – melden muss, und nicht in Neumünster, in Schleswig-Holstein. Wenn er nach Spanien ausgeliefert wird, kann er nicht wegen „Rebellion" strafverfolgt werden.

Die spanische Regierung hat versichert, die deutsche Gerichtsentscheidung zu respektieren. In Spanien werden zur gleichen Zeit der ehemalige katalanische Polizeichef sowie führende Polizeifunktionäre und Beamte des Innenministeriums wegen „Aufruhr" angeklagt.

In der deutschen und der internationalen Presse gibt es sowohl Lob für „besonnene" Gerichte in Deutschland, wie Kritik an angeblich richterlicher Begünstigung von „Separatismus" oder die Forderung, den Fall vor den Europäischen Gerichtshof zu bringen.

Sicher wird sich Puigdemont über kurz oder lang auch vor spanischen Gerichten verantworten müssen.

Eine alle beteiligten Interessen berücksichtigende Lösung des katalanischen Konflikts kann letztlich aber nur in einer politischen, für Spanien einheitlichen, verfassungsmäßig abgesicherten Reform der regionalen Autonomierechte bestehen. Darauf bezogen dürfte die Entscheidung des OLG in Schleswig-Holstein sicherlich politische Lösungen in Spanien eher begünstigen als erschweren, abgesehen von der erforderlichen Einhaltung bestehender europäischer und deutscher Rechtsgrundsätze durch das Gericht.

(Quellen: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.3.2018 ff, Süddeutsche Zeitung, 3.4.2018, Rheinische Post online, 5.4.2018, zum europäischen Haftbefehlt: http://blog.wawzyniak.de/?s=europ%C3%A4ischer+haftbefehl)

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (alk, verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring (rog), Christoph Cornides (chc), Edith Bergmann (edb).
Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (thj, verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer (rül), Ulli Jäckel (ulj), Rosemarie Steffens (ros).
Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (maf, verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher (evd), Jörg Detjen (jöd).
Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de
Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.
Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de
Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung" werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.
Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail:gnn-koeln@netcologne.de
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

DOK: Mitteilung des OLG Schleswig-Holstein

Das schleswig-holsteinische Oberlandesgericht hat am Donnerstag, 5.4.2018, einen Auslieferungshaftbefehl gegen Carles Puigdemont erlassen, den Vollzug aber unter Auflagen ausgesetzt.

„Der I. Strafsenat des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts hat heute auf Antrag des Generalstaatsanwalts gegen Carles Puigdemont Auslieferungshaft und gleichzeitig Haftverschonung unter Auflagen angeordnet.

Der I. Strafsenat ist der Auffassung, dass sich hinsichtlich des Vorwurfs der „Rebellion" die Auslieferung als von vornherein unzulässig erweist. Etwas anderes gelte für den Vorwurf der „Korruption" in Form der Untreue. Insoweit erweise sich die Auslieferung nicht als von vornherein unzulässig. Anhaltspunkte dafür, dass Carles Puigdemont der Gefahr politischer Verfolgung im Sinne des § 6 Abs. 2 IRG ausgesetzt sein könnte, sind – so der Senat – nicht ersichtlich."

Zu den Auflagen der Haftverschonung gehört unter anderem die Zahlung einer Sicherheit in Höhe von 75.000 Euro.

Zur Begründung heißt es u.a.: Eine Auslieferung des Verfolgten wegen des Straftatbestands der Rebellion gemäß Art. 472 Abs. 5 und 7 des spanischen Strafgesetzbuches komme aus Rechtsgründen nicht in Betracht. Das dem Verfolgten zur Last gelegte Verhalten wäre in der Bundesrepublik Deutschland nach hier geltendem Recht nicht strafbar.

Der in Betracht kommende Straftatbestand des Hochverrats sei nicht erfüllt, weil es an dem Merkmal der „Gewalt" fehle. Nach den vom Bundesgerichtshof in einem vergleichbaren Fall aufgestellten Grundsätzen reiche es für die Verwirklichung des Gewaltbegriffs nicht aus, dass ein Täter Gewalt androht oder anwendet, um ein Verfassungsorgan zu einem erstrebten Handeln zu veranlassen. Erforderlich sei vielmehr, dass von der gegenüber Dritten ausgeübten Gewalt ein derartiger Druck auf das Verfassungsorgan ausgehe, der geeignet ist, den entgegenstehenden Willen des Verfassungsorgans zu beugen. Das sei hier nicht der Fall. Zwar seien dem Verfolgten als Initiator und Verfechter der Umsetzung des Referendums die am Wahltag stattgefundenen Gewalttätigkeiten zuzurechnen. Diese seien nach Art, Umfang und Wirkung jedoch nicht geeignet gewesen, die Regierung derart unter Druck zu setzen, dass sie sich „zur Kapitulation vor der Forderung der Gewalttäter" gezwungen gesehen hätte.

Anhaltspunkte dafür, dass der Verfolgte im Falle seiner Auslieferung der Gefahr politischer Verfolgung im Sinne des § 6 Abs. 2 IRG ausgesetzt sein könnte, seien nicht ersichtlich. Dem Verfolgten werde mit der Veruntreuung öffentlichen Gelder eine konkrete, auch nach deutschem Recht als Untreue strafbare Handlung zur Last gelegt, nicht seine politische Gesinnung.

Der Haftgrund der Fluchtgefahr liege vor. Da aber eine Auslieferung wegen des Vorwurfs der „Rebellion" unzulässig sei, sei die Fluchtgefahr deutlich herabgemildert.

(dpa, zitiert nach RP Rheinische Post online vom 5.4.2018)

Streik bei den französischen Eisenbahnen

Matthias Paykowski, Karlsruhe

Die französischen Gewerkschaften haben die Beschäftigten der Eisenbahngesellschaft SNCF an jeweils zwei von fünf Tagen zum Streik aufgerufen, zunächst bis Ende Juni – insgesamt 36 Tage.

Die französische Regierung hatte eine Änderung des Statuts der französischen Eisenbahnen bereits bei den Wahlen 2017 angekündigt. Diese soll jetzt umgesetzt werden. Die SNCF ist mit 50 Mrd. Euro verschuldet, Schienennetz und Anlagen sind überaltert, darunter leiden erheblich Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit der Bahnen. Zudem muss ab 2020 entsprechend einer Vorgabe der EU der regionale und nationale Schienenverkehr für Personen auch für andere Anbieter geöffnet werden.

Dazu will die Regierung Sonderregelungen für die Beschäftigten der SNCF einschränken. Neueinstellungen sollen nicht mehr besondere Arbeitsverträge für Staatsbedienstete erhalten und auch die bei der SNCF geltende Regel, mit 52 bis 55 in Rente gehen zu können, soll fallen.

Vor allem die Gewerkschaft CGT, die bei der SNCF ihren größten Rückhalt hat, verlangt die vollständige Rücknahme der angekündigten Maßnahmen. Die Lokführer, die sich zu 80% an den ersten Streiktagen beteiligt haben, sind das Rückgrat der CGT. Insgesamt lag die Beteiligung an den ersten Streiktagen bei knapp der Hälfte der Beschäftigten.

Die Auseinandersetzung ist auch symbolisch stark aufgeladen: nach den Änderungen der Arbeitsgesetze im Sommer 2017 durch die Regierung, denen die Gewerkschaften kaum etwas entgegensetzen konnten, soll es diesmal anders laufen. Ankündigungen, den Streik auch in die französischen Sommerferien zu ziehen, gibt es bereits.

Die irische Insel unter Hochspannung wegen des Brexits

Eva Detscher, Karlsruhe

Startbild des Videos der Bundeszentrale für politische Bildung über die Veranstaltung zu Brexit und Nordirland in Berlin im März: http://www.bpb.de/mediathek/267175/zurueck-in-die-zukunft

30 Jahre blutige Auseinandersetzungen, mehr als 3000 Tote gingen dem 10. April 1998 voraus, an dem zwischen der Regierung der Republik Irland, der Regierung Großbritanniens und den Parteien in Nordirland das „Good Friday Agreement“ oder „Belfast-Agreement“ (Karfreitagsabkommen) geschlossen wurde. Der gleichzeitige Beitritt von Irland und Großbritannien zur EU am 1. Januar 1973 hatte überhaupt erst den Rahmen geschaffen für eine Einhegung des seit Jahrhunderten bestehende Konflikts. „Troubles“ werden die 30 Jahre der Bombenanschläge, britischen Militäreinsätze und blutigen Auseinandersetzungen genannt. Der im Prinzip seit dem 12. Jahrhundert bestehende Konflikt zwischen den „Unionists“ oder auch „Loyalists“ (für die Zugehörigkeit zur britischen Monarchie) und den „Nationalists“ (für den Widerstand gegen die britische Intervention) droht unter den Bedingungen des Brexits wieder an Bedeutung zu gewinnen. Es ist kein wirklich praktizierbarer Vorschlag in Sicht, der unter Rückführung Nordirlands in ein Gebiet außerhalb der EU nicht die Gefahr eines Wiederaufflammens der alten Befindlichkeiten in sich bergen würde.

Dies wurde auch auf einer Veranstaltung der Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin im März diskutiert (die Veranstaltung wurde aufgezeichnet http://www.bpb.de/mediathek/267175/zurueck-in-die-zukunft). Brian Feeney, u.a. Leiter der historischen Abteilung des St Mary’s University College, Belfast, befürchtet eine totale Polarisation – nicht nur zwischen Nord und Süd, sondern auch innerhalb Nordirlands. Jede Einrichtung an einer inneriri schen Grenze – ob Kamera, Schranke, Wachposten – würde angegriffen werden. Auch die anderen beiden Referentinnen – Dette Hughes, Vertreterin der Ost-Grenzregion Newry, und Dr. Katy Hayward, Queen’s University Belfast – waren sich einig: einen schwierigen und belastenden Grenzübertritt darf es nie mehr geben: heute überqueren viele Menschen täglich, manche mehrmals täglich, die Grenze, diese ist unsichtbar geworden. Von einer „giftigen Mischung“ sprechen sie, was der Brexit bedeuten würde. Dem hielt die wohl als Vertreterin der britischen Brexit-Position vorgesehene Victoria Hewson, Anwältin und Wissenschaftlerin, London entgegen: auch wenn sie unsichtbar sei, die Grenze exisitiere! Nach wie vor gäbe es „Preis- und Zollunterschiede“. Und die Probleme würden alle durch Technologie gelöst. Sie war mit diesem Standpunkt isoliert, denn die Liefer- und Produktionsketten des inneririschen Handels, der 87% des Gesamthandels ausmacht, sind so vielfältig und eine geräusch- und wartezeitlose Abwicklung an einer Grenze völlig ausgeschlossen beim gegenwärtigen Stand der Digitalisierung.

Der EU-Vorschlag, Nordirland in der Zollunion zu belassen und damit die Zollgrenze in die irische See zu verlegen, wird von der britischen Regierung nicht akzeptiert werden. 351 Tage vor dem Austritt Großbritanniens aus der EU ist es eine gute Nachricht, dass es wenigstens bis Ende 2020 eine Übergangsphase geben wird: „Während dieser Zeit wird das Vereinigte Königreich nicht mehr an der Entscheidungsfindung in der EU beteiligt sein. Trotzdem wird sie alle Vorteile des Binnenmarkts, der Zollunion und der europäischen Politik bewahren und verpflichtet sein, alle europäischen Regeln einzuhalten, wie es die Mitgliedstaaten tun“, erläuterte der EU-Chefunterhändler Barnier. Und: Man habe sich darauf geeinigt, dass in der Austrittsvereinbarung eine „Auffanglösung“ für die irische Grenze beinhaltet sein müsse, die, wie Barnier erklärte, „solange gelten wird, bis eine andere Lösung gefunden ist“.

Einmischung gegen die deutsche Türkeipolitik tut Not

Rudolf Bürgel, Karlsruhe

Das türkische AKP-Regime unter Präsident Erdogan strebt weiter nach der dauerhaften Besetzung und Einverleibung Nordsyriens und Nordiraks. Am 21. März erklärte Erdogan auf einer Sitzung mit AKP-Abgeordneten: „In den kommenden Tagen werden wir einen Gouverneur zuweisen sowie weitere Zuweisungen für die Lokalverwaltung vornehmen". (hurriyet.com.tr/gundem/afrine-vali-40781395) In der Türkei gibt es 81 Provinzen mit jeweils einem Gouverneur. Nach der Besetzung der syrischen Enklave zwischen Kobane und Afrin wurde dort vor einem Jahr der erste Gouverneur außerhalb der Türkei eingesetzt, in Afrin nun der zweite. Somit erhöht sich die Provinzzahl der Türkei auf 83. Erdogan macht überhaupt keinen Hehl daraus, dass es ihm um die Annexion dieser Gebiete geht. In vielen Reden betonte er, dass die Türkei das Lausanner Abkommen aufgezwungen wurde. „Wir haben unsere derzeitigen Grenzen nicht freiwillig akzeptiert. Unsere Gründungsväter wurden außerhalb dieser Grenzen geboren." (zitiert nach Spiegel-online, 26.10.2017) Seine neoosmanischen Bestrebungen lauten: Erst Nordsyrien von Afrin und Aleppo bis an die Grenze des Irak, dann bis Mossul und Kirkuk. Die entsprechenden Landkarten werden ständig im staatlichen türkischen Fernsehen gezeigt.

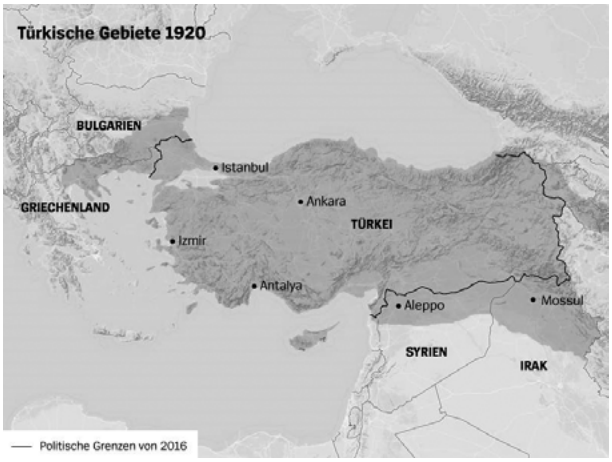
Dabei geht das türkische Regime ähnlich wie bei der Hatay-Besetzung 1938 vor: Erst als sogenannte Sicherheitskraft einrücken, dann mit der eigenen Bevölkerung besetzen und dann ein Referendum durchführen.

Über die Unterstützung der türkischen Armee mit Waffensystemen aller Art durch Lieferungen aus Deutschland zur Durchführung der Invasion in Syrien haben wir ausführlich berichtet. Die Freigabe der drei Milliarden Euro für syrische Flüchtlinge durch die EU ermöglicht der Erdogan-Regierung die Ansiedlung syrischer Flüchtlinge aus der Türkei und der Familien der mit der Türkei verbündeten dschihadistischen Kämpfer in Afrin und somit der Zementierung der Vertreibung der dort ansässigen Bevölkerung.

Nun wurde aber eine weitere Beteiligung Deutschlands an dem Krieg gegen die kurdische Selbstverwaltung bekannt. Die Bundesregierung fördert mit vielen Millionen Euro syrische Verbände, die gegen die kurdische Selbstverwaltung in Nordsyrien an der Seite der Türkei kämpfen. Das kam bei der Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Linke-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke zum Thema „Antiterrorzusammenarbeit mit der Türkei vor dem Hintergrund türkischer Kooperation mit dschihadistischen Verbänden" vom 27.2.2018 heraus. So wird die von den Muslimbruderschaften dominierte „Nationalkoalition syrischer Revolutions- und Oppositionskräfte", die den Angriffskrieg der Türkei auf Afrin als „Befreiung" unterstützt, mit 5,45 Millionen Euro gefördert. Auch Organisationen, die im von der Al-Qaida kontrollierten Gebiet Idlib agieren, bekommen Gelder. Mit zwölf Millionen Euro werden Hilfsprojekte im von der türkischen Armee besetzten Gebiet im Norden von Aleppo finanziert. In Gebieten, die von Dschihadisten kontrolliert werden, beteiligt sich die Bundesregierung mit fünf Millionen Euro an dem Unterhalt von Polizeistationen.

Als „unerträglich" bezeichnete Ulla Jelpke diese Beteiligung Deutschlands an dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Türkei und der jetzt folgenden Annexion in Syrien.

Unerträglich ist auch das Vorgehen deutscher Behörden gegen die Proteste in Deutschland. In der letzten Woche wurde der kurdische Verein in Hannover durchsucht und vieles beschlagnahmt. Die ständige Bedrohung mit Verboten und Prozessen soll die Menschen hier einschüchtern. Umso erfreulicher ist es, dass ein Netzwerk von Kulturschaffenden aktiv geworden ist, dass Jusos und Falken gemeinsam mit dem kurdischen Dachverband Navdem in einem Brief an Außenminister Heiko Maas den Abzug der türkischen Armee aus Syrien fordern. Bitte unterstützt diese Aktivitäten.



DOK: Ensemble für Afrin

In vielen Theatern in Deutschland, Österreich und der Schweiz wird seit dem 2. April ein Aufruf gegen Waffenlieferungen und für den Rückzug der türkischen Besatzungsarmee aus Afrin verlesen. 526 Kulturschaffende haben den Appell bisher unterschrieben:

„Wir rufen die Regierungen unserer Länder in Österreich, in Deutschland und in der Schweiz auf: die Waffenexporte zu stoppen, die kurdische Bevölkerung vor ethnischen Säuberungen zu schützen, den Demokratieprozess in den selbstverwalteten kurdischen Gebieten zu gewährleisten, den Abzug der türkischen Besatzungstruppen zu fordern und die Rückkehr der vertriebenen Bevölkerung zu begleiten...

http://ensemblefuerafrin.de/

DOK: Öcalan auf Imrali

Mandantenbesuch bei Öcalan zum 744. Mal abgelehnt. Die Rechtsanwälte Abdullah Öcalans haben zum 744. Mal einen Antrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt, um ihren Mandanten besuchen zu können. Seit dem 27. Juli 2011 ist jeder Antrag von ihnen abgelehnt worden. Begründet wurde die Antragsablehnung erneut damit, dass dem Verurteilten „zwecks Durchführung von Sanktionen und Sicherheitsmaßnahmen nach Gesetz Nummer 5275" Beschränkungen auferlegt worden seien. (Quelle ANF, 6.4.2018)

Öcalan: Ehrenbürger in zwei weiteren italienischen Gemeinden. Die Stadtverwaltungen von Castel del Giudice in der Provinz Isernia und von Castelbottaccio in der Provinz Campobasso in der italienischen Region Molise haben erklärt, Abdullah Öcalan die Ehrenbürgerwürde zu verleihen. Abdullah Öcalan ist damit Ehrenbürger von neun Gemeinden in Italien. Neben Castelbottaccio und Castel del Giudice sind das Palermo, Neapel, Palagonia, Reggio Emilia, Riace, Martano und Pinerolo. (Quelle: ANF, 4.4.2018)

Öcalans Fernseher konfisziert. Mustafa Karasu, Mitglied des Exekutivrates der KCK, teilte zur Lage auf der Gefängnisinsel Imrali mit, Abdullah Öcalan seien Fernseher und Radio weggenommen worden, nachdem die türkische Armee Efrîn eingenommen habe. Der türkische Staat habe ein Komitee nach Imrali gesandt, um den Widerstand in Efrîn zu beenden. Öcalan habe dieses Ansinnen aber abgelehnt. (Quelle: ANF, 3.4.2018)

DOK: Jusos an Außenminister Heiko Maas, 26.3.2018

Sehrgeehrter Herr Bundesminister Maas, lieber Heiko, (...) Viele Abgeordnete aus SPD, Grünen, Linksfraktion, FDP und CDU haben öffentlich wie intern, in den Ausschüssen und im Plenum des Bundestages deutlich gemacht, dass der Angriff der Türkei auf Afrin völkerrechtswidrig ist. Und schließlich hat auch die Bundeskanzlerin das Vorgehen der Türkei in Syrien zwar nach langem Schweigen „scharf verurteilt". Doch Taten bleiben weiterhin aus. Wir sind enttäuscht von der Zurückhaltung der Bundesregierung gegenüber dem Erdoğan-Regime in der Türkei und dem Angriff auf die demokratische Selbstverwaltung im Norden Syriens. Nicht nur bietet die Bundesregierung dem keinen Einhalt. Durch Deals mit Erdoğan, den Waffenlieferungen an die Türkei und der Kriminalisierung kurdischer AktivistInnen stützt sie faktisch die Voraussetzungen, unter denen die AKP und die Erdoğan-Regierung ihr Treiben fortsetzen können.

(...) Das von der türkischen Regierung und ihren SoldatInnen offen propagierte Ziel dieses Angriffs ist die Vertreibung der lokalen Bevölkerung aus ihrer Heimat. „Zuerst werden wir die Terroristen ausrotten, dann werden wir es dort lebenswert machen", so beschrieb Tayyip Erdoğan sein Ziel, die in der Türkei lebenden SyrerInnen an Stelle der kurdischen Bevölkerung in Afrin anzusiedeln. Und er will nicht in Afrin stoppen, sein erklärtes Ziel ist vielmehr die „Säuberung Nordsyriens" bis zur Grenze des Irak. Hinter dem Begriff „Säuberung" verstehen wir den Aufruf zum Genozid an den in Nordsyrien lebenden Kurdinnen und Kurden. Wir fordern dich auf, auch im Rahmen der Vereinten Nationen eine Initiative zu starten, die das verhindert. Alle Möglichkeiten, bis hin zu BlauhelmsoldatInnen, sollten dafür auf den Tisch kommen.

Dabei geht es um weit mehr als nur einen weiteren, bedauernswerten Konflikt im Nahen Osten. Der Angriff der türkischen Armee auf Afrin ist vielmehr ein Angriff auf ein Symbol für Hoffnung auf Geschlechtergerechtigkeit und demokratische Werte – mitten in einer vom Krieg zerrissenen Region. Mit Entsetzen stellen wir nicht nur fest, dass die Bundesregierung weiterhin das Kriegsgerät für diesen Angriffskrieg liefert, sondern auch, dass die Repressionen gegen AktivistInnen und gegen Solidaritätsaktionen mit Afrin hierzulande neue Ausmaße erreichen. Das war unter anderem an den Repressionen gegen die kurdischen Demonstrationen in den vergangenen Wochen, z.B. in Hannover oder München, zu sehen. Erdoğan und die AKP haben in den vergangenen Jahren immer wieder härtere Repressionen gegen in Deutschland lebende KurdInnen und deren Selbstorganisationen verlangt. Dass kurdische Demonstrationen gegen den Angriffskrieg des Erdoğan-Krieges hierzulande nun unter Repressionen zu leiden haben, ist ein perfides Zeichen.

(...) Lieber Heiko Maas, wir rufen Dich deshalb dazu auf, ein klares Zeichen zu setzen, deutlich „Nein zur türkischen Aggression in den kurdischen Gebieten!" zu sagen ...

https://www.jusos.de/inhalte/offener-brief-nein-zur-tuerkischen-aggression-in-den-kurdischen-gebieten/

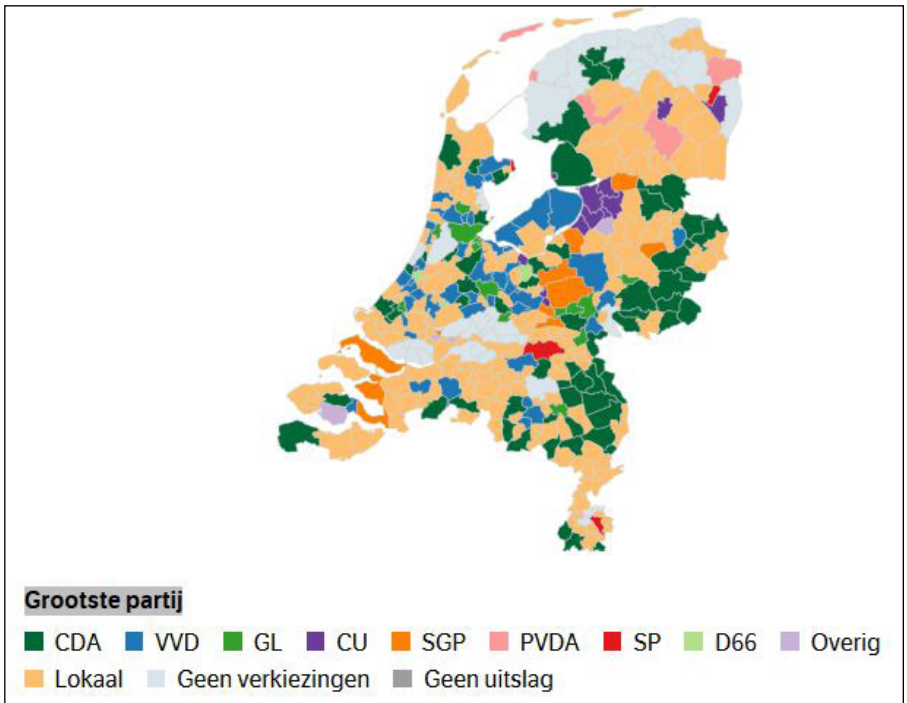
Eine zersplitterte politische Landschaft: Kommunalwahlen in den Niederlanden

INTERVIEW MIT DR. AMIEKE BOUMA, UNIVERSITÄT AMSTERDAM

Die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen vom 21. März in 355 von 380 Gemeinden der Niederlande bei knapp 12,5 Millionen Wählern zeigt ein uneinheitliches Bild: die grüne GroenLinks ist in den großen Städten Amsterdam und Utrecht stärkste Partei geworden. Die Rechtspopulisten von Geert Wilders' (PVV) konnten aber in weitere Stadträte einziehen. Die konkurrierende Rechtsaußenpartei Forum für Demokratie von Thierry Baudet sicherte sich erstmals zwei Sitze in Amsterdam, der einzigen Stadt, in der sie als eigene Wahlliste kandidierten. Die sozialdemokratische Partei der Arbeit (PvdA) und die sozialliberale D66 verloren in den meisten größeren Städten, die rechtsliberale VVD von Ministerpräsident Mark Rutte konnte in einigen Kommunen Stimmen hinzugewinnen. In den kleineren Gemeinden haben oftmals die lokalen Gruppierungen die meisten Stimmen erhalten. Wie werden diese Ergebnisse in den Niederlanden eingeschätzt?

Hier eine Karte der jeweils größten Partei pro Gemeinderats bei den Kommunalwahlen im März 2018.

Wie man sehen kann, haben die lokalen Gruppierungen oder Parteien (orange) vielerorts die meisten Stimmen erhalten, aufs Ganze gesehen: ca. 33% der Stimmen. Bei den Wahlen 2014 gewannen die lokalen Parteien ca. 29% der Stimmen. Die Wahlbeteiligung war 55%, ein Prozentpunkt höher als vor vier Jahren. Bemerkenswert ist, dass es vor allem neue lokale Parteien waren, die zum ersten Mal an den Wahlen teilnahmen, die für den „lokalen Sieg" verantwortlich waren. Obwohl auch bereits bestehende lokale Parteien leicht gewonnen haben, waren diese neuen Parteien bei den Wahlen am erfolgreichsten. Dies deutet erneut auf eine weitere Fragmentierung der politischen Landschaft, auf die sich eher



https://www.nrc.nl/nieuws/2018/03/21/verkiezingsuitslagen-a1596511

vertiefende allgemeine Unzufriedenheit mit der Politik in der niederländischen Gesellschaft hin – offenbar nicht nur mit der nationalen Politik, sondern auch mit der lokalen Politik, wie sie ist.

Lokale Gruppierungen oder Parteien

Es ist nicht einfach, ein allgemeines Bild der lokalen Parteien zu zeichnen, da diese von Ort zu Ort sehr unterschiedlich sind. Viele Abspaltungen von nationalen Parteien gehören hierzu, eine recht große Gruppe von Rechts- und Mitte-Rechts-Parteien, aber auch eine große Gruppe von Mitte-Links-Parteien sowie islamisch inspirierte Parteien (Nida, Islamdemokraten), eine kommunistische Partei (VCP) und eine progressive Partei, die sich auf Antirassismus und Inklusivität konzentriert (Bij1), die entweder nicht konkurrieren oder nicht genügend Unterstützung auf nationaler Ebene haben.

Abgesehen von den letzten beiden Parteientypen, die einen klareren ideologischen Fokus haben, passen die meisten lokalen Parteien nicht in ein ideologisches Profil. Ein immer wiederkehrendes Thema für lokale Parteien ist Sicherheit, und etwa die Hälfte der lokalen Parteien präsentiert sich als „Law-and-order"-Parteien. Dabei steht oft die allgemeine Sicherheit im Vordergrund und nicht die Kriminalität, einschließlich des sicheren Verkehrs und kleiner Delikte, die gemeinhin als unangenehm empfunden werden (Müll, nicht Aufräumen nach dem Hund usw.). Viele lokale Parteien verbinden darüber hinaus den Fokus auf Sicherheit mit grünen und sozialen Themen, darunter Naturschutz, grüne Energie und soziale Fürsorge. Etwa ein Drittel der lokalen Parteien hat zudem ein überwiegend soziales Profil. (https://www.nrc.nl/nieuws/2018/03/04/een-succesvolle-lokale-partij-belooft-veel-veiligheid-a1594402)

Ganz anders bei den Ortsgruppen der nationalen Parteien, die der nationalen Linie ihrer Parteien folgen. Dies trägt dazu bei, dass die lokalen Parteien mehr „pragmatisch" sind und spezifischer auf die lokalen Gegebenheiten und Bedürfnisse eingehen als die Ortsverbände der nationalen Parteien. Vor allem in kleineren Gemeinden wird der Erfolg der lokalen Parteien zudem sehr stark auf die Kandidaten zurückgeführt.

Nationale Parteien

Der Sieg der lokalen Parteien wurde von einigen Beobachtern als „Erfolg" der Gemeinderatswahlen interpretiert, die behauptet haben, dieser Sieg zeige, dass es bei diesen Wahlen eben hauptsächlich um lokale und nicht um nationale Themen ging.

Dennoch halten nationale Parteien immer noch zwei Drittel der lokalen Sitze, und ihre Gewinne und Verluste werden im Allgemeinen als Ergebnis der Zufriedenheit der Wähler über die nationale Politik interpretiert. Vor diesem Hintergrund kann man sagen, dass GroenLinks der wichtigste nationale Gewinner der Kommunalwahlen war und damit den Erfolg der Parlamentswahlen des letzten Jahres (von 5,2% auf 8,7% der Kommunalwahlen – national: 9,13%) verlängert hat. D66, sozialliberal, der große Gewinner von vor vier Jahren, verzeichnete nun einen Rückgang seiner lokalen Unterstützung (von 11,9% auf 9,1% der lokalen Stimmen – national: 12,23%). Dieser Verlust wurde zu einem großen Teil auf das gleichzeitig mit der Wahl abgehaltenen Wiv-Referendum (über die Ausweitung der Kompetenzen der Sicherheitsdienste, siehe weiter unten) zurückgeführt – D66 war zwar noch in der Opposition gegen das vorgeschlagene Gesetz, beschloss aber, das Gesetz als Mitglied des derzeitigen nationalen Kabinetts zu unterstützen. Der VVD, rechtsliberal, die landesweit größte Partei, steigerte seine lokale Unterstützung von 11,9% auf 13,3% (landesweit 21,29%), was darauf hindeutet, dass seine Wähler mit der Linie der Partei insgesamt zufrieden bleiben. Der große Unterschied zwischen nationaler und lokaler Unterstützung für den VVD ist ein länger anhaltendes Phänomen, was darauf hindeutet, dass ein recht großer Teil seiner nationalen Wählerschaft lokale Parteien bei Gemeinderatswahlen unterstützen könnte. PvdA (sozialdemokratisch, von 10,2 auf 7,4%) sollte nach dem großen Fiasko bei den nationalen Wahlen (wo es zwischen 2012 und 2017 von 24,8% auf 5,7% der Stimmen absackte) erwartbar lokale Sitze verlieren. Obwohl die Partei die Ergebnisse als Beginn eines langsamen Aufstiegs präsentierte, ist es fraglich, ob es ihr gelingt, die Kurve zu kriegen. Die SP (sozialistisch) fiel von 6,1 auf 4,4 %, obwohl sie in mehr Gemeinden als vor vier Jahren antrat.

PVV & DENK

Zwei nationale Parteien, die in mehreren Gemeinden kandidierten als beim letzten Mal, sind die rechtspopulistische PVV und die Migrantenpartei DENK.

Die PVV trat in 30 Gemeinden an. Doch die Aufstellung der Kandidatenlisten war trotz der Kontrolle der nationalen PVV chaotisch. In Rotterdam wurde der Spitzenkandidat Géza Hegedüs innerhalb eines Tages nach seiner Präsentation von der Liste gestrichen, nachdem frühere rassistische und antisemitische Äußerungen sowie seine Sympathie für den Holocaust-Leugner David Irving enthüllt worden waren. Insgesamt war das Ergebnis der PVV niedriger als erwartet, insbesondere wenn man bedenkt, dass die PVV nur dort angetreten war, wo sie von „sicherem Gewinn" ausging. So reduziert sich sein Erfolg auf das Antreten in mehr Gemeinden als beim letzten Mal. In Rotterdam, wo die PVV bei den nationalen Wahlen 2017 15,6% der Stimmen erhielt, konnte die Partei nur einen Sitz gewinnen – was auf die starke lokale Partij Leefbaar Rotterdam zurückzuführen ist (die mit elf [vorher 14] die größte blieb).

DENK kandidierte in einer begrenzten Anzahl von Gemeinden und zog in 13 Stadträte ein. In Schiedam wurde die DENK mit 11,7 Stimmen die zweitgrößte Partei. In den Stadträten von Amsterdam (3), Rotterdam (4) und Utrecht (2) ist sie ebenfalls vertreten. In kleineren Städten waren die Ergebnisse niedriger als erwartet, und in Rotterdam gelang es DENK nicht, die Sitze von Nida zu übernehmen (die bei 2 blieb), einer islamisch inspirierten Partei, die eine weitgehend linke Agenda hat.

Die politische Landschaft in den Niederlanden ist, wie man oben sehen kann, in der Tat zersplittert. Nationale Newcomer der letzten Jahre konnten ihren Erfolg bis in die Kommunalwahlen ausweiten. Viele Gemeinderatsräte sehen sich heute mit der Aufgabe konfrontiert, eine lokale Regierungskoalition von mindestens vier Parteien zu bilden; in einigen Fällen sind fünf Parteien erforderlich, um eine Regierungsmehrheit zu bilden (die Größe der Gemeinderatsräte variiert je nach Bevölkerungszahl der Gemeinden, liegt aber immer zwischen neun und 45 Sitzen). Inwieweit dies ein Problem darstellen wird, bleibt abzuwarten. In den vergangenen Jahren haben mehrere Kommunen mit Minderheitenregierungen und gelegentlichen Mehrheiten experimentiert. Dort, wo die gegenseitigen Beziehungen gut waren, funktionierte dies tendenziell gut. In jenen Fällen, in denen große (ideologische oder persönliche) Unterschiede bestehen, wird die Bildung einer lokalen Regierung eher ein Rätsel sein. Es ist unklar, was der Sieg der lokalen Parteien für dieses Rätsel bedeutet, da sich die Identität der lokalen Parteien von Ort zu Ort ändert (siehe oben).

Obwohl Identitätsfragen im Vorfeld der Wahlen wieder eine wichtige Rolle spielten, hat dies nicht zu einem großen Sieg für die PVV beigetragen. Das nationalistische rechte Forum voor Democratie (FvD) hat in Amsterdam zwei Sitze gewonnen, aber das war weit weniger als weithin erwartet.

Es ist schwer einzuschätzen, was dies über die allgemeine politische Stimmung in den Niederlanden aussagt. In Rotterdam (Leefbaar Rotterdam) und Den Haag (GroepDeMos) wurden zwei rechte Parteien die größten. Leefbaar Rotter-

dam ist ein stabiler Faktor im Rotterdamer Rat geworden, seit er 2002 zum ersten Mal in die Gemeinderatswahlen ging, mit Pim Fortuyn als Spitzenkandidat. Groep De Mos ist eine lokale Partei unter der Leitung des ehemaligen PVV-Abgeordneten Richard de Mos, die sich für ein „klares, sicheres und lebendiges [leefbaar] Den Haag" einsetzt. Die Partei, 2014 mit drei Sitzen in den Rat gewählt, hat jetzt mit acht Sitzen fast das Dreifache. In Amsterdam und Utrecht ging GroenLinks als Sieger hervor. Dies deckt sich mit länger bestehenden Unterschieden zwischen diesen Städten in Bezug auf die politischen Präferenzen.

Erwähnenswert ist, dass GroenLinks in Amsterdam deutlicher als linke, denn als nationale Partei gesehen wird – und dass hier unter Führung der größten Partei GroenLinks derzeit Koalitionsverhandlungen mit GroenLinks, D66, PvdA und SP stattfinden.

Es heißt, die politische Situation in den Niederlanden sei durch eine starke Zersplitterung gekennzeichnet, sowohl was die Wahlergebnisse als auch was die Funktion der Parteien anbelangt. Stimmt das, wie muss man das verstehen und welche Konsequenzen hat das für die Gesellschaft in den Niederlanden?

Generell würde ich davon ausgehen, dass diese Wahlen in der Tat nicht viel Neues zeigten. Sie verewigen vielmehr das Bild einer zersplitterten Landschaft, die sich seit Anfang der 2000er Jahre entscheidend nach rechts neigt und die zwar nicht als Sieg für die extreme Rechte verstanden werden kann, aber das Gesamtbild einer rechts-neoliberalen Mehrheit nicht verändert. Trotz des Sieges von GroenLinks (und Partij van de Dieren), der jedoch die Verluste von SP und insbesondere der PvdA nicht ausgleicht, schneiden die linken Parteien bei den Wahlen weiterhin schlecht ab. Es sollte auch darauf hingewiesen werden, dass vielen GroenLinks als eine liberal-progressive Partei gilt und viele Wähler von D66 kamen – einer Partei, die in Bezug auf Werte fortschrittlich, aber wirtschaftlich liberal ist.

Referendum

Zum Schluss noch zum parallel durchgeführten Referendum (das nicht bindend ist, aber mit 51 % Beteiligung deutlich mehr als die nötigen 30% erreichte): es ging um die Ausweitung der Befugnisse von Geheimdiensten im Internet, die knapp abgelehnt wurde. Wer hatte das Referendum initiiert und wie ist die Ablehnung einzuschätzen?

Parallel zu den Kommunalwahlen fand ein Referendum über ein neues Gesetz über Nachrichten- und Sicherheitsdienste (Wiv) statt. Die Wahlbeteiligung war mit 51 Prozent relativ hoch – was zumindest teilweise auf die gleichzeitigen Kommunalwahlen zurückzuführen ist (die Wahlbeteiligung war in Kommunen tendenziell geringer, in denen keine Kommunalwahlen durchgeführt wurden). Das Referendum war eine Initiative von fünf Studenten der Universität Amsterdam, die eine Petition starteten, die breite Unterstützung fand, nachdem der niederländische Komiker Arjen Lubach das kommende Gesetz in seiner satirischen Nachrichtensendung „Zondag met Lubach" diskutiert hatte, was zu den 300 000 Unterschriften führte, die nötig waren, um ein Referendum zu erzwingen.

Zuvor war das Gesetz von mehreren Menschenrechtsgruppen kritisiert worden, darunter auch von Amnesty International. AI kritisierte insbesondere die Möglichkeit, dass nicht sichtbare Daten über Personen mit repressiven Regimes ausgetauscht werden können. Trotz dieser Kritik schien es lange Zeit, dass das Referendum mit der Unterstützung des Gesetzes (Wiv) enden würde, wobei viele Leute (einschließlich der Regierung) argumentierten, dass dieses Gesetz notwendig sei, um die Sicherheit zu erhöhen, insbesondere um mögliche Terroranschläge zu verhindern. Die Regierung setzte voll und ganz auf diese Position, und ihre Strategie war es, Beamte der Sicherheitsdienste in die öffentliche Debatte einzubinden, um die Notwendigkeit des neuen Gesetzes von „Experten" anstelle von Politikern zu erklären. Bis zu den letzten Tagen vor dem Referendum hielten sich Koalitionspolitiker aus den Debatten heraus bis zu dem Zeitpunkt, als das Ja- und Nein-Lager nicht mehr weit voneinander entfernt zu sein schien. Die Strategie der Koalitionspolitiker war dann, zu behaupten, dass das Gesetz notwendig sei, weil das geltende Recht veraltet sei. Dies führte zu mehreren falschen Behauptungen (insbesondere, dass es im Moment überhaupt keine Möglichkeit gäbe, Informationen aus „Kabeln unter der Erde" abzuhören, obwohl das bestehende Gesetz diese Möglichkeit bereits bietet: bei der persönlichen Kommunikation. Mit dem neuen Gesetz sollte dies für jede Art Kommunikation möglich werden). Dies trug dann zu einer erhöhten Skepsis gegenüber dem Gesetz bei. Das Ergebnis des Referendums blieb letztlich bis zur Stimmenauszählung unklar.

Es ist noch nicht klar, was die Regierung jetzt mit den Ergebnissen des Referendums machen wird. Offiziell ist das Referendum nur beratend und nicht bindend. Die größte Regierungspartei VVD hat sich von Anfang an für das neue Gesetz eingesetzt. Die CDA, ebenfalls Teil der Regierung, erklärte vor dem Referendum, dass sie das Ergebnis vernachlässigen würde, falls die Abstimmung negativ ausfallen sollte. Dennoch stellt das Ergebnis des Referendums ein großes Problem für D66 dar, ebenfalls Teil der Regierung, und als er noch in der Opposition war, einer der Hauptgegner der Wiv. Das haben seine Anhänger nicht vergessen, und der Verlust bei den Kommunalwahlen wird weithin als das Ergebnis dieser opportunistischen Wende verstanden. Die letzte Regierungspartei (CU) befürwortete das neue Gesetz, hat aber erklärt, dass das Ergebnis des Referendums berücksichtigt werden sollte. Die Tatsache, dass die Wahlbeteiligung relativ hoch war, macht auch die Entscheidung, die Ergebnisse zu vernachlässigen, umstrittener – auch wenn Ja (49,99%) und Nein (46,53%) relativ nahe beieinander lagen. Welche Maßnahmen die Regierung am Ende ergreifen wird, ist noch nicht klar.

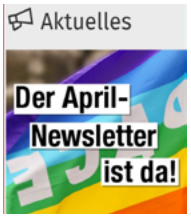
Am 6. April sandte Innenministerin Kajsa Ollongren (D66) hierzu ein Schreiben an das Parlament. In der Tat scheint es auf eher geringe Anpassungen hinauszulaufen. Im Allgemeinen sollten sie zwar zu mehr Aufsicht über die Sicherheitsdienste führen, stehen neuen Befugnisse dieser Dienste aber wohl nicht im Wege. Dazu gehört u.a. die Pflicht, Informationen aus dem Kabel so gezielt wie möglich abzufangen, was eh eine Pflicht der Sicherheitsdienste ist. Zudem müssen die Sicherheitsdienste in den kommenden Jahren darauf verzichten, den inländischen Datenverkehr über das Kabel abzufangen. Doch für inländische Daten haben die Sicherheitsdienste bereits viele Alternativen, die ein undifferenziertes Abfangen überflüssig machen. Während die dreijährige Aufbewahrungsdauer der Daten bestehen bleibt, sind die Sicherheitsdienste verpflichtet, jedes Jahr zu prüfen, ob die Speicherung der Daten noch sinnvoll ist. Eine letzte Anpassung betrifft zusätzliche Garantien vor dem Austausch von Informationen mit ausländischen Diensten; jedoch bleibt unklar, ob dies tatsächlich den Austausch von Informationen behindern wird.

Ollongrens Brief soll den Streit in der Koalition um die Frage der Wiv beenden. Gleichzeitig ist der relative Erfolg dieses Referendums und die Tatsache, dass sich die Regierung gezwungen sah, diese Anpassungen nach dem Referendum vorzunehmen, eine weitere Schmerzquelle für D66. Diese Partei war einer der Hauptbefürworter von Volksabstimmungen, aber in der Regierung ist sie nun (wiederum über Ministerin Kajsa Ollongren) für die Abschaffung des Referendumsgesetzes in den Niederlanden zuständig.

Übersetzung aus dem Englischen und Fragen: Eva Detscher, Karlsruhe

DOK: Aktionen – Initiativen
THORSTEN JANNOFF, Gelsenkichen
Thema Frieden!

Ostermärsche 2018: Mehr Menschen setzen sich wieder aktiv für Frieden ein – wichtiges Zeichen an die Große Koalition



Das Netzwerk Friedenskooperative zieht eine positive Bilanz der Ostermärsche 2018 und registriert einen erneuten Anstieg bei den Teilnehmerzahlen. Trotz des wechselhaften Wetters lag die Beteiligung über dem Niveau der Vorjahre, in einigen Städten wie Bremen und Hannover sogar deutlich darüber. Der Trend der letzten Jahre, dass sich an den Ostermärschen wieder mehr Menschen aktiv beteiligen, bestätigt sich 2018 erneut.

Steigende Teilnehmerzahlen bei den Ostermärschen. Das Netzwerk Friedenskooperative sieht die steigenden Teilnehmerzahlen darin begründet, dass, angesichts der erschreckenden Weltlage, viele Menschen den Frieden bedroht sehen und nicht mehr hinnehmen wollen, dass Krisen und Kriege durch die aktuelle Politik noch bestärkt werden. Besonders erfreulich war auch, dass gewerkschaftliche Gruppen die Ostermärsche dieses Jahr stärker unterstützt haben.

„Immer mehr Menschen setzen sich für Frieden ein, weil ihnen bewusst wird, dass die Welt auf eine Katastrophe zusteuert. Die zunehmende Aufrüstung, Rechtspopulismus, totalitäre Regime, Menschenrechtsverletzungen und Kriege, all dies sind weltweit zunehmende Tendenzen, die Frieden und Gerechtigkeit bedrohen, auch in Deutschland", erklärt Philipp Ingenleuf die steigenden Teilnehmerzahlen. „Die Ostermärsche bleiben zu ihrem 60. Geburtstag ein mahnendes und dringend notwendiges Zeichen an die Politik, sich ernsthaft und konsequent für Frieden einzusetzen." „Die Teilnehmerzahlen der Ostermärsche steigen seit 2013 Jahr für Jahr kontinuierlich leicht an. Für viele Menschen ist es einfach nicht mehr hinnehmbar, dass unsere Regierung in Sachen Friedenspolitik versagt", so Kristian Golla. „Statt mit einer zivilen Außenpolitik zu helfen, exportiert Deutschland lieber Waffen an Staaten wie Saudi Arabien oder die Türkei, obwohl diese Krieg führen in Jemen bzw. Nordsyrien/Afrin. Diese zynische Doppelmoral bei Rüstungsexporten geht vielen Menschen gegen den Strich und lässt sie zu Ostern aktiv werden."

Hauptthemen der Ostermärsche 2018. Die Ostermärsche werden von Friedensgruppen auf regionaler und lokaler Ebene organisiert und durchgeführt. Daher variieren die Themenschwerpunkte der Aufrufe und Reden von Stadt zu Stadt. Themenschwerpunkte 2018 waren die zunehmende Aufrüstung Deutschlands, die Bedrohung durch Atomwaffen, deutsche Rüstungsexporte, die Konflikte im Nahen Osten, insbesondere in Syrien, sowie eine neue Entspannungspolitik mit Russland. „Die Forderung nach Abrüstung war bei allen Ostermärschen vertreten. Ebenso die Forderung nach Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel", berichtet Kristian Golla. „Insbesondere die Problematik, dass Deutschland Waffen an menschenrechtsverletzende und kriegsführende Staaten exportiert, wie aktuell an Saudi Arabien und die Türkei, die im Jemen bzw. Nordsyrien Krieg führen, wurde bei vielen Veranstaltungen thematisiert." „Auch 60. Jahre nach dem ersten Ostermarsch 1958 in England, ist die Vision einer atomwaffenfreien Welt den Menschen ein sehr wichtiges Anliegen. Daher fordern so viele Aktivistinnen und Aktivisten den Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel und den Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag" berichtet Philipp Ingenleuf.

Interesse an Informationen zu den Ostermärschen auch im Netz groß. Das Netzwerk Friedenskooperative verzeichnet auch ein deutlich angestiegenes Interesse an den Ostermärschen. Das Informationsangebot zu den Osteraktionen auf der Webseite www.friedenskooperative.de wurde alleine in der Osterwoche mehrere zehntausend Mal aufgerufen. „In der Osterwoche wurde unsere Webseite mit dem umfangreichen Informationsangebot zu den Ostermarschaktionen mehr als 50 000 Mal angeklickt.
https://www.friedenskooperative.de

Aufruf zu internationalen Aktionen gegen den Nato-Gipfel, Brüssel, den 11. + 12. Juli 2018 – Make Peace Great Again!

In einer Welt, die jeden Tag gefährlicher wird, nimmt auch die Notwendigkeit von Friedensaktionen immer weiter zu. Der wachsende Militarismus lässt weltweit den Ruf der Menschen nach Alternativen lauter werden – nach neuen Alternativen in den Bereichen Justiz, Nachhaltigkeit und Frieden. Seit dem letzten Nato-Gipfeltreffen 2017 eskalierte die Rhetorik zwischen Trump und Nordkorea in einer Weise, die auch die Möglichkeit eines (atomaren) Dritten Weltkrieges nicht ausschließt. Dies ist eine Situation, die wir als Menschheit nicht hinnehmen dürfen! Wir, die Menschen dieser Welt, lehnen es ab, im Schatten von Vernichtung und Kriegshetze zu leben!

Friedensbewegte BürgerInnen und Organisationen, zeigt euren Wunsch nach Frieden – und zwar beim nächsten Nato Gipfel in Brüssel im Juli 2018.

Die Nato fordert von ihren Mitgliedsstaaten je 2% des BIPs für die Rüstung auszugeben und befeuert damit Kriege und Aggressivität. Seit die Nato-Staaten außerdem entschieden haben, dass 20% der Verteidigungsausgaben für große Ausrüstungen ausgegeben werden müssen, freut sich zudem die Rüstungsindustrie über die Befriedigung ihrer ökonomischen Interessen. Im letzten Jahr wurde dies auch für die Mehrzahl der EU-Staaten im Rahmen der Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, kurz SSZ (Englisch PESCO), eine Realität, wenngleich EU-Staaten sich strenger Austeritätspolitik unterwerfen.

• Wir widersetzen uns weiteren Erhöhungen der Rüstungsausgaben, welche

www.friedensratschlag.de **Vorbereitungstreffen der Anti-Nato-Aktionen 2018. Samstag, 14. April 2018 in Düsseldorf, 12-16 Uhr,** A&O Hostel, Corneliusstr. 9, Düsseldorf (12 min. vom HBF)

Als Tagesordnung schlagen wir vor: **1.** Begrüßung **2.** Wo stehen wir? Nato-Gipfel und EU Militarisierung (2% des BIP als Aufrüstungsziel, Russland-Bashing, EU-Militarisierung, neues Nato-Headquarter in Deutschland/Rheinland?, Nato in Essen, etc.) **3.** Bericht über die internationale Vorbereitung, Ludo de Brabander, vrede, ICC no to Nato **4.** Mobilisierung in Deutschland gegen die Nato und für Brüssel **5.** Aktion in Berlin am 11. Juli und ggf. auch wo anders. **6.** verschiedenes. Den Aufruf zu den Aktionen, weitere Informationen und Materialien gibt es auf den Webseiten **no-to-nato.org** und **no-to-nato.de.**

Friedliche Grüße Gabi Bieberstein, Reiner Braun, Angelika Claussen, Sylvia Gabelmann, Inge Höger, Philipp Ingenleuf, Peter Jüriens, Kristine Karch, Alexander Neu, Franz Josef Surges, Bernhard Trautvetter, Kathrin Vogler, Lucas Wirl. **PS. Wir bitten um Anmeldung per Email an info@no-to-nato.org.**

zum Leidwesen der sozialen Sicherheit und der öffentlichen Dienste erfolgt.

Die USA kündete ein Ein-Millionen-Dollar-Projekt zur ‚Modernisierung' ihrer Atomwaffen an, das zudem ‚besser nutzbare' Waffen hervorbringen soll. All dies kommt in Zeiten einer neuen Nuklearstrategie, welche die Rahmenbedingungen zur Nutzung nuklearer Waffen lockert. Des Weiteren bestärkt die Nato ihre Rolle als atomarbewaffnetes Bündnis, indem Sie nukleare B61-Bomben zu B61-12-Bomben aufrüstet – wiederum um diese ‚besser einsetzbar' zu machen. Sie sind in fünf europäischen Ländern stationiert: in Belgien, Deutschland, den Niederlanden, Italien und der Türkei. Zugleich gibt es in Europa laute Gegenstimmen gegen diese Stationierungen, teils auch aus den Regierungsreihen der „Gast"-Länder.

• Wir versprechen Widerstand gegen die pro-nukleare Rolle der Nato, sowie gegen jegliche Atomwaffen. Wir rufen unsere Regierungen dazu auf, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen und sich für nukleare Abrüstung einzusetzen.

Mit dem umstrittenen Beitritt Montenegros als 29. Nato-Mitglied im Juni 2017, welcher mit überwältigendem Widerspruch der Öffentlichkeit einherging, sowie den Beitrittsgesprächen mit Bosnien-Herzegowina wächst das Bündnis immer weiter. Diese zunehmende Expansion hat ihren Teil dazu beigetragen, die Spannungen in den internationalen Beziehungen zu verstärken, da sich Russland zunehmend von US-amerikanischen und Nato-Basen umgeben sieht.

• Wir widersprechen den destabilisierenden Expansionen der Nato

Die Handlungen und flammende Rhetorik der Nato tragen außerdem zu einer weiteren Eskalation der Spannungen mit Russland bei: die zunehmende Nato-Präsenz in der Region war ein wichtiger Faktor im Konflikt zwischen Russland und Georgien 2008, sowie in der noch immer bestehenden Ukrainekrise. Die Lage wurde weiter verschärft durch die Veröffentlichung der Nato-Pläne weitere Basen in Osteuropa zu errichten. Erste Truppen sind bereits 2017 in Estland, Litauen, Lettland, und Polen stationiert worden. Zunehmend ist auch die EU mit der Nato verbunden. Die Etablierung des SSZ/PESCO ist das jüngste Zeichen der raschen und gefährlichen Militarisierung der EU, als eine weitere Stütze der Nato.

• Wir lehnen die zunehmende Militarisierung Europas, jegliche sogenannte Europäische Verteidigungspolitik, und den Vorstoß der Nato hin zu einem neuen Kalten Krieg strikt ab

Der Krieg der Nato geht in Afghanistan weiter: von Bush 2001 begonnen, als ersten Schritt im ‚Krieg gegen den Terror' (‚war on terror'), geht er auch heute noch weiter und stellt den längsten Krieg der US-Geschichte dar, in den alle Nato-Staaten involviert sind. Vordergründig geführt, um Taliban und al-Qaida zurückzudrängen, trägt er bis heute dazu bei, den Nährboden für terroristische Organisationen und assoziierte bewaffnete Gruppen zu schaffen. Dieser ‚Krieg gegen den Terror' missachtet auf rücksichtslose Weise internationales Recht und erteilt nachfolgenden Interventionen eine ‚Carte blanche'/einen Freibrief.

• Wir fordern ein Ende dieses Krieges und der Militärinterventionen der Nato

Natos ‚Krieg gegen den Terror' hat jetzt auch Afrika erreicht, wo Libyen zerstört wurde, Tausende wurden gezwungen zu fliehen, während die Flüchtlinge im Mittelmeer auf anhaltende militärische Brutalität treffen.

• Wir fordern ein Ende der Militarisierung des Mittelmeers und der Militäraktionen gegen Flüchtlinge.

Das von der Nato sogenannte ‚Engagement für Frieden und Stabilität' ist falsch. Atomwaffen, Rüstungsausgaben und Interventionismus können niemals dem Frieden dienen – sie dienen einzig Krieg und Gewalt. Die Militärbasen, Aktivitäten und Waffensysteme der Nato sind eine der größten Verursacher von Umweltverschmutzung. Der ‚Krieg gegen den Terror' ist verantwortlich für zahllose Opfer, Zerstörung und Vertreibung, die zu Migrationswellen führt, wenn die Menschen auf der Suche nach Sicherheit und Geborgenheit gehen. Weltweit sind die Menschen auf der Suche nach echtem Frieden. Einem Frieden, der unter anderem soziale Gerechtigkeit, ökologische Sicherheit, gleichberechtigten Ressourcenzugang, und das Willkommen-heißen von Menschen, die vor Krieg und Unterdrückung fliehen, beinhaltet.

• Wir fordern Abrüstung für eine nachhaltige Entwicklung

Im Namen von Frieden und der Zukunft der Menschheit rufen wir weltweit zu koordinierten Aktionen am Abend des Gipfeltreffens – Mittwoch, dem 11. Juli um 17 Uhr – auf. Die Aktionen unterstützen die Demonstration vor Ort, den Gegen-Gipfel und friedliche Proteste während des Gipfels.

Unsere Forderung an unsere Regierungen ist klar und deutlich: wir müssen aus der Nato austreten und die Nato muss aufgelöst werden. *Brüssel, den 27. Januar 2018.*

Auf diesen Aufruf verständigten sich die Teilnehmenden des ersten Vorbereitungstreffens zur Planung der Aktionen gegen den Nato-Gipfel 2018 in Brüssel.

Gregor Gysi: Eskalation im Verhältnis zu Russland stoppen

„Die Bundesregierung darf den verhängnisvollen Eskalationskurs der britischen und der US-amerikanischen Regierung gegenüber Russland nicht mitmachen und muss alles tun, um ihn zu stoppen", fordert Gregor Gysi, Mitglied der Fraktion Die Linke und Präsident der Europäischen Linken, der dazu in dieser Woche viele Gespräche auf europäischer Ebene geführt hat. „Deutschland und Frankreich sollten eine gemeinsame Initiative für ein besseres Verhältnis zu Russland starten und nicht in den Chor der Vorverurteilung einstimmen."

„In erster Linie geht es mir aber um die Erhaltung des europäischen Rechts für 145 Millionen Russinnen und Russen."

Gysi weiter: „Der Generalsekretär des Europarates, Thorbjørn Jagland, hat in unserem Gespräch eindringlich davor gewarnt, dass bei einer weiteren Verschärfung der Sanktionen die Gefahr besteht, dass Russland den Europarat verlässt. Dann würde kein europäisches Recht mehr für Russland, d.h. für 145 Millionen Menschen gelten, so dass sich russische Bürgerinnen und Bürger auch nicht mehr an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wenden könnten. Gerade weil dabei in letzter Zeit Fortschritte in Russland erreicht worden sind, muss die Eskalationsspirale gestoppt werden.

Europa hat in Bezug auf Russland andere Interessen als die USA. Frieden und Sicherheit in Europa wird es nicht ohne, geschweige denn gegen Russland geben. Die Gefahr eines die ganze Welt betreffendes Krieges war seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges noch nie so groß wie heute. Deutschland muss auch eingedenk seiner historischen Verantwortung die Rolle eines aktiven Friedensstifters, eines Vermittlers übernehmen.

Selbstverständlich muss Russland bei der Aufklärung des Giftanschlags in Salisbury seine Verpflichtungen gemäß der Chemiewaffenkonvention erfüllen. Vorverurteilungen helfen dabei nicht weiter. Übrigens ist noch nie ein verurteilter und dann ausgetauschter Spion, der nicht mehr tätig ist, auf Veranlassung seines ursprünglichen Auftraggeberstaates getötet worden. Dann hätte der Austausch von verurteilten Spionen nicht mehr den geringsten Sinn. Zweifel an der Vorverurteilung Russlands sind also durchaus angebracht. In erster Linie geht es mir aber um die Erhaltung des europäischen Rechts für 145 Millionen Russinnen und Russen."

https://www.gregorgysi.de/nc/startseite/aktuell/

ELS-Insolvenz

Private Verpackungs- und Wertstoffsammlung lädt ihre Probleme bei der städtischen Abfallwirtschaft ab – Stadt Mannheim muss einspringen

Thomas Trüper, Mannheim

Es kommt, wie es irgendwann einmal kommen musste: Der für Mannheim zuständige Lizenznehmer des Dualen System Deutschland, die ELS Europäische LizenzierungsSysteme GmbH, hat am 15.3.2018 Antrag auf Sanierung in Eigenverwaltung gestellt, sprich: Insolvenz angemeldet.

Folge: Die über ein Ausschreibungsverfahren für Mannheim mit der Leerung der Gelben Tonne beauftragte Entsorgungsfirma Knettenbrech + Gurdulic (K+G) und die von der ELS mit der Sortierung der eingesammelten Wertstoffe beauftragte Firma ALBA GmbH haben der Stadt Mannheim signalisiert, dass sie ihre Dienstleistungen für die ELS (und damit für Mannheim) einzustellen gedenken. Sie fürchten offenbar, von ELS das ihnen zustehende Geld nicht mehr zu bekommen. Auch von Zahlungsrückständen ist die Rede.

K+G entsorgt nur 78% der Mannheimer Stadtgebiets. Die restlichen 22% hat der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft der Stadt Mannheim gebührenfinanziert übernommen, um den Hauptentsorger für die Einsammlung auch der Nicht-Verpackungs-Wertstoffe in der Gelben Tonne zu entschädigen, für die das Duale System Deutschland nicht aufkommt.

Was nun? Bleiben die Gelben Tonnen ungeleert? Die Stadt Mannheim hat sich bereiterklärt, über ihren Eigenbetrieb Abfallwirtschaft die Sammlung sowie die Verwertung / Entsorgung der Wertstoffe sicherzustellen.

Finanziell tritt die Stadt Mannheim vorübergehend in Vorleistung. Gleichzeitig ist der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft beauftragt, von ELS und vom Umweltministerium Baden-Württemberg, wo eine Sicherheitsleistung von ELS hinterlegt ist (lt. „Mannheimer Morgen“ vom 24.3.18 handelt es sich lediglich um 50 000 Euro), das erforderliche Geld zurückzuholen. Der Gemeinderats-Ausschuss für die technischen Eigenbetriebe wurde am 22.3. während der Sitzung mit der Situation konfrontiert. Er unterstützt deklaratorisch das Vorgehen der Verwaltung. Gäbe es keinen städtischen Eigenbetrieb, wäre nun das Chaos perfekt. Am Ende bleibt die Stadt u.U. auch noch auf den Kosten sitzen.

In der städtischen Pressemitteilung hierüber ist zu Recht von einem „Versagen des Dualen Systems Deutschland“ die Rede. Das DSD hat keinen Haftungsverbund für derartige Ausfälle. 2015 hatte der Gemeinderat auf Antrag der SPD und der Grünen, dem Die Linke beigetreten war, einstimmig eine Resolution verfasst. Darin wird der Gesetzgeber aufgefordert, den Kommunen die Organisationsverantwortung für die Erfassung, Sortierung und Verwertung von Wertstoffen aus privaten Haushalten zu übertragen. Von einer solchen Regelung sind wir jedoch weit entfernt. Die Bundes-CDU blockiert.

Hintergründe

Für das System der Sammlung und Verwertung von Verpackungen ist seit 1991 (CDU/CSU und FDP) über die Verpackungsverordnung „die Wirtschaft“ für die Entsorgung und Verwertung von Verpackungen der Privathaushalte zuständig. Die in Deutschland tätigen Unternehmen der Lebensmittel- und Verpackungsindustrie gründeten in Folge einen Verbund, der die individuelle Rücknahmeverpflichtung für Verpackungen kollektiv regelt und dies privatwirtschaftlich und zunächst monopolistisch: Über das Unternehmen „Der Grüne Punkt – Duales System Deutschland GmbH“. Den Kommunen war damit die Zuständigkeit für diesen Teil der Abfallentsorgung genommen. Neoliberalismus pur.

Inzwischen gibt es nach Intervention der EU-Kommission gegen das Monopol des Grüne-Punkt-Systems – DSD, zehn privatwirtschaftliche Anbieter, die sich die Organisation der Verpackungsentsorgung aufteilen, u.a. eben die ELS GmbH, die ihrerseits Tochter der ASCON Holding GmbH ist.

Diese Firma bezeichnet sich als: Experte der Kreislaufwirtschaft |weltweit effizienter Verwerter und Vermarkter von Sekundärrohstoffen | nachhaltiger Stoffstrommanager | Profi in Sachen Abfallwirtschaftssysteme | Betreiber von eigenen Rücknahme- und Verwertungssystemen. Diese Selbstbeschreibung macht die Komplexität der rein privatwirtschaftlich organisierten Kreislaufwirtschaft deutlich.

Privatisierungsfolgen

Das Grundübel ist die Übertragung der Verantwortung für die Finanzierung und letztlich hoheitliche Durchsetzung der Kreislaufwirtschaft auf Private durch die VerpackungsVO. Ein privater Verbund muss die Eintreibung der Finanzmittel für Entsorgung und Verwertung von den Herstellern bzw. den Händlern von verpackten Waren eintreiben und ist damit schon immer gescheitert. Laut dem Präsidenten des Bundesverbandes der Entsorgungswirtschaft gibt es ca. 30 Prozent „Trittbrettfahrer“, die sich den Zahlungen der Verpackungsabgabe entziehen.[1] Verstöße gegen die VerpackungsVO werden durch die private Organisation zum Gegenstand des Privatrechts, da der Staat seine hoheitliche Befugnis abgegeben hat. Die 10 Lizenznehmer sind untereinander zerstritten und klagen gegeneinander. Jüngstes Ergebnis dieser Querelen ist das Platzen der Verlosung der regionalen Zuständigkeiten, die am 23.3. hätte erfolgen sollen. Nach dieser Verlosung hätten dann im Herbst die Gebietsausschreibungen für das Einsammeln Leichtverpackungen und Glas für 2019–21 erfolgen sollen.[2] Nun liegt wahrscheinlich erstmals der Fall einer Insolvenz eines Dualen Systembetreibers vor, und die Kommunen, die letztlich für Abfallentsorgung und Sauberkeit im Sinne der Daseinsvorsorge als Pflichtaufgabe geradestehen müssen, sind auf das Privatrecht und seine Fallstricke verwiesen.

Konkret im Falle Mannheims heißt dies letztlich, auf den Kosten sitzenzubleiben

Das für ELS zuständige Amtsgericht Bonn ordnete am 19. März 2018 die vorläufige Sachwaltung über das Vermögen des Unternehmens an. ELS als Auftraggeber von K+G steht damit unter Kontrolle des Insolvenzrichters bzw. des vorläufigen Insolvenzverwalters. Alte Schulden dürfen nicht beglichen werden (Schutz der Masse), laufende Verträge werden – da das Unternehmen weitergeführt wird – erfüllt. K+G hat möglicher-

[1] (Interview vom 13.2.13 zit. bei https://de.wikipedia.org/wiki/Verpackungsverordnung_(Deutschland)#cite_note-13).
[2] (https://www.euwid-recycling.de/news/wirtschaft/einzelansicht/Artikel/duale-systeme-rkd-laesst-verlosung-platzen.html)
[3] (https://www.els-systeme.de/news/newsartikel.html?tx_news_pi1%5Bnews%5D=89&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=5f6dc2a659ef941a76d332a79e24bc23)
[4](https://www.euwid-recycling.de/news/international/einzelansicht/Artikel/chinesisches-exportverbot-kunststoffrecycler-sehen-wirtschaft-und-politik-sind-gefordert.html).

weise ein Sonderkündigungsrecht wegen nicht beglichener Forderungen. Wenn die Stadt Mannheim nun einspringt, ist ELS möglicherweise nicht verpflichtet, diese Dienstleistung zu bezahlen, weil hier kein Vertrag vorliegt. Die neun anderen Lizenznehmer sind nicht verpflichtet, für die Zahlungsunfähigkeit von ELS aufzukommen (wie etwa Sparkassen untereinander). Die beim Landesumweltministerium hinterlegte Sicherung reicht nicht aus. Ob die Stadt Mannheim jemals auf das Vermögen von ELS durchgreifen kann um sich für ersatzweise erbrachte Leistungen zu entschädigen, steht in den Sternen. Außerdem hat der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft mit seiner Tarifbindung und höheren Sozialstandards einen (deutlich) höheren Aufwand als K+G. Dies war ja auch der Grund, warum der Eigenbetrieb im Rahmen der Ausschreibung nicht zum Zuge kam, sondern eben K+G.

Von Ferne grüßt die rigide neue chinesische Umweltpolitik

Interessant sind die Gründe, die ELS für seine Insolvenz angibt: „Als wesentliche Krisenursache sieht Geschäftsführer Sascha Schuh das Versagen des Marktes für Verpackungsentsorgung in Deutschland: „Von Beginn an hat es erhebliche finanzielle und strukturelle Probleme bei der Erfassung und Verwertung von Verkaufsverpackungen gegeben. Da in Deutschland nur die dualen Systeme und nicht die Inverkehrbringer streng kontrolliert werden, tragen insbesondere Trittbrettfahrer des Systems seit Jahren zu enormen Liquiditätsproblemen der dualen Systeme bei. Das sind diejenigen Unternehmen, die nicht lizenzierte Verpackungen in den Markt bringen, für deren Entsorgung also nicht gezahlt wurde. Ein Konzept, bei dem die Ausgaben höher sind als die Einnahmen, kann nicht funktionieren. Dazu kommen extrem volatile Preise für Sekundärrohstoffe, wechselnde und wegfallende Absatzmärkte sowie konstant steigende Preise für Entsorgungsdienstleistungen“, so Schuh weiter.“[3] Zunächst also einmal der Hinweis eines Privaten, dass das private System nicht funktioniert. Was die „volatilen Preise“ und „wegfallenden Absatzmärkte betrifft, lohnt ein Blick in die VR China: Am 29.x9.2017 meldete der Nachrichtendienst euwid-recycling: „Der Altkunststoffmarkt ist weltweit in schweren Turbulenzen. Das von China angekündigte Importverbot ab 2018 für zahlreiche Kunststoffabfälle führt bereits jetzt zu einer Überversorgung in Europa mit Kunststoffabfällen geringer Qualität. Ton Emans, Präsident des europäischen Kunststoffrecyclerverbands PRE, sieht die Abfallwirtschaft mangels Visionen in den letzten Jahren nun in der „Realität“ angekommen. Politik und Industrie seien gefordert. Die bislang nach China exportierten Abfälle, die schlecht gesammelt und sortiert seien, könnten nun nicht komplett in der EU aufgenommen werden. Die Abfälle entsprächen nicht den Qualitätsanforderungen der europäischen Recycler, so PRE weiter. Dringend notwendig sei nun, einen echten und nachhaltigen Abfallmarkt in Europa umzusetzen. Vor allem müsse die Qualität verbessert werden.“ [4]

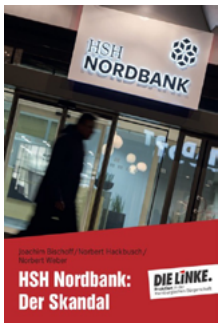
Politische Aufarbeitung: CDU steht an der Spitze der Verwirrer und Verweigerer

Das komplizierte System der privatisierten Organisation der Kreislaufwirtschaft ist für die Öffentlichkeit kaum zu durchschauen, insbesondere, dass die Kommune keinerlei Organisationskompetenz für das Einsammeln des Gelben Sacks / der Gelben Tonne hat. Bei der von allen geforderten Umstellung des Gelben Sacks auf die Wertstofftonne beutete die lokale CDU die Anlaufschwierigkeiten und die vom Dualen Systembetreiber ELS vorausgesetzte vierwöchentliche Leerung aus, um der zuständigen, von der CDU ungeliebten Dezernentin Felicitas Kubala (Grüne) eins zu verpassen. Sie veranstaltete eine Plakatkampagne für die 14-tägliche Leerung. Zwar stimmte die CDU der oben zitierten Resolution des Gemeinderats von 2015 zu (bei Ablehnung durch FDP und MfM sowie Enthaltung von NPD).

Und auch 2010, als sich der Gemeinderat einer Resolution der Kommunalen Spitzenverbände mit der zentralen Forderung anschloss, bei der Formulierung des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes die Organisationshoheit der Kommunen zu verankern und das „Rosinenpicken“ privater Abfallsammler zu unterbinden, geschah dies einstimmig, obwohl zwei MdB der damaligen schwarz-gelben Koalition im Gemeinderat saßen (Prof. Jüttner, Dr. Reinemund). +Jedoch hat sich die letzte große Koalition im Bund sich bei ihrem letzten Gipfel vor der Wahl nicht einigen können auf die gesetzliche Regelung einer kommunalen Wertstofftonne, wie sie der Bundesrat gefordert hatte. Die CDU blockierte das. So ist weiterhin das Duale System Deutschland mit seinen zehn Anbietern für die Sammlung der Verpackungen zuständig. Und wenn Kommunen die sonstigen Wertstoffe sammeln lassen möchte, müssen sie dafür zahlen – bar oder durch Übernahme eines Teilgebietes auf eigene Kosten (wie in Mannheim).

Hamburg: Broschüre zur HSH-Nordbank erschienen

Aus dem Vorwort: Der Fall HSH Nordbank ist einer der größten polit-ökonomischen Skandale der Bundesrepublik Deutschland. Die Fusion der Landesbanken von Hamburg und Schleswig-Holstein wurde von den beiden Landesparlamenten im Mai 2003 mit großer Mehrheit beschlossen. Ausdrücklich stimmen die Abgeordneten auch der internationalen Ausrichtung, den »Credit Investments« und dem »Handel innovativer und strukturierter Finanzprodukte« zu. Im Zuge des internationalen Finanzmarktcasinos verordnet sich die Bank 2006 eine Unternehmensstrategie »Kapitalmarktfähigkeit 2006« und strebt als Unternehmensziel an, die Eigenkapitalrentabilität auf über 15% zu erhöhen. »Wir waren damals alle mehr oder minder besoffen von der Idee, dass die HSH Nordbank als Global Player immer satte Gewinne einfährt«, sagt später die einstige Regierungschefin Heide Simonis (SPD) … Die HSH Nordbank muss 2008 einen Verlust von 2,8 Mrd. Euro bewältigen. Der Großteil des durch öffentliche Mittel aufgebrachten Eigenkapitals von ca. 5 Mrd. Euro ist damit vernichtet. Die Wertvernichtung der öffentlichen Vermögensbestände beläuft sich auf über 8 000 Millionen Euro. Die politischen Akteure in Hamburg und Kiel (CDU, SPD, Grüne) entscheiden sich außerdem zu einer Eigenkapitalzufuhr aus Steuermitteln in Höhe von 3,5 Mrd. Euro und einer Garantie von zehn Mrd. Euro auf den Kreditbuchwert der Bank. Jetzt – zehn Jahre später – wird die Bank für 1 Mrd. Euro »privatisiert«. Die in diesem Zeitraum aufgelaufenen neuen Verluste werden in der Öffentlichkeit zwischen 13-16 Mrd. Euro geschätzt.



Die HSH Nordbank war bislang ein staatlich gefütterter Zombie. Ihr Verkauf ist eine weitere Verlängerung dieses Systemfehlers. Für die Bankenlandschaft wäre es gut, wenn ein Institut dieser Größenordnung verschwinden würde. Denn es gibt Überkapazitäten, daher müsste, statt einer Schnäppchen-Politik für Finanzinvestoren, ein Marktaustritt angestrebt werden. Dass Norddeutschland dann eine Kreditklemme drohen könnte, ist eine Mär von PolitikerInnen.

http://www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2018/03/HSH-2018-web.pdf

DOK: Kommunale Politik

ULLI JÄCKEL, Hamburg

THEMA: Wirtschaften in öffentlicher Hand

Schulbau muss öffentliche Aufgabe bleiben! KÖLN. Zur Ratssitzung am 20. März haben CDU, Grüne und FDP beantragt, weitere Schulgebäude durch private Baukonzerne statt durch die städtische Gebäudewirtschaft zu errichten. Die Fraktion Die Linke lehnt dies ebenso ab wie eine Priorisierung aller Schulbaumaßnahmen. Dazu erklärt Heiner Kockerbeck, bildungspolitischer Sprecher der Kölner Linksfraktion: „Bevor weitere Maßnahmen zum Schulbau für teures Geld an Baukonzerne vergeben werden, brauchen wir ein klares Bekenntnis zum öffentlichen Schulbau. Das vermisse ich. Für die Gebäudewirtschaft muss mehr Geld da sein, damit Fachpersonal nicht weiter ständig abwandert. Und die vielen offenen Stellen müssen endlich besetzt werden. Es darf jetzt nicht mehr am falschen Ende gespart werden." Ebenfalls für nicht zielführend hält Heiner Kockerbeck eine Priorisierung aller Schulbaumaßnahmen: „Eine Priorisierung einiger weniger Maßnahmen ist sinnvoll, wenn diese z.B. schnell neue Schulplätze schaffen. Werden aber zu viele Sanierungen und Bauten priorisiert, führt dies leicht dazu, dass nur der Mangel umverteilt wird. Denn alle Maßnahmen, die die Schulverwaltung in den letzten Jahren vorgeschlagen hatte, waren nötig und oft sogar überfällig." „Wir brauchen einen Ausbau der städtischen Bauabteilung anstatt einer zunehmenden Verlagerung auf private Investoren", zieht Heiner Kockerbeck Fazit.
https://www.linksfraktion-koeln.de

Linksfraktion widerspricht Bäder-Chef: Weniger ist weniger! BOCHUM. „Jetzt werden die Bochumer SPD und die Grünen von ihren eigenen Outsourcing-Beschlüssen eingeholt", sagt der Fraktionsvorsitzende der Bochumer Linken Ralf-D. Lange zu den Diskussionen um die Äußerungen des Geschäftsführers der Bochumer Bäder GmbH Berthold Schmitt. „Wir haben von Anfang an kritisiert, dass mit der Auslagerung der Bäder in eine GmbH eine Parallelstruktur neben den demokratischen Entscheidungsgremien entsteht. Jetzt erleben wir die ersten Auswirkungen davon." „Für uns ist klar: Nicht nur das Freibad Werne muss erhalten bleiben", sagt Ralf-D. Lange.
linksfraktionbochum.de

Bäderübertragung an Stadtwerke wird zum Problemfall: MÜNSTER. Defizitausgleich steuerlich mehr als fragwürdig: Die kürzlich beschlossene Übertragung des Betriebs der städtischen Bäder an die Stadtwerke Münster wird jetzt zum Problemfall, äußert sich Linke Fraktionssprecher Rüdiger Sagel kritisch zu dem Vorgang. „Dass wir heute zu einer Sondersitzung in der Angelegenheit „Bäderübertragung" auf höchster städtischer Ebene eingeladen werden ist nur folgerichtig. Denn es ist mehr als fragwürdig, ob der Gesetzgeber, der defizitäre Tätigkeiten der Städte und Gemeinden aus sozialpolitischen Gründen grundsätzlich steuerlich anerkennt, so weiter verfährt, da dies mit den unionsrechtlichen Beihilfevorschriften kaum zu vereinbaren ist. Vorherige warnende Hinweise, die es durchaus gegeben hat, sind bisher seitens der Stadt immer beiseite gelegt worden.
www.linksfraktion-muenster.de

Stadtwerke Bonn: Goldener Handschlag für SWB-Boss. Die BONNER Stadtwerke kommen, was die Versorgung ihrer Ex-Manager angeht, einfach nicht aus den Schlagzeilen heraus. Zur Erinnerung: Erst Anfang des Jahres war auf eine Anfrage der Linksfraktion hin bekannt geworden, wie überfürsorglich die SWB in der Vergangenheit zu ihrem Spitzenpersonal war – in einigen Fällen garantierten die Verträge den Geschäftsführern von ihren ohnehin üppigen Gehältern eine Altersversorgung von bis zu 75 %, oder nach nur 5 Jahren Tätigkeit Versorgungsansprüche in Höhe von 125 000 Euro. Das alles musste einem unweigerlich in den Sinn kommen, als die Presse vor ein paar Wochen über die Details des Auflösungsvertrages von Ex-SWB-Geschäftsführer Reining berichtete: Offenbar bekommt Reining, obwohl er seit Anfang Oktober freigestellt ist, noch weitere anderthalb Jahre sein volles Gehalt von zuletzt rund 20 000 Euro pro Monat. Nun sind wir als Linke natürlich dem bedingungslosen Grundeinkommen als Idee durchaus aufgeschlossen – aber das geht dann doch eindeutig zu weit.
https://linksfraktionbonn.wordpress.com

Steag: Konzern steuert kommunale Eigner statt umgekehrt: ESSEN. Die aktuelle Debatte um eine Kapitalerhöhung an die Steag, die auch Essen möglicherweise „nachschießen" muss, zeigt nach Ansicht der Ratsfraktion Die Linke einmal mehr, wie schlecht es mit der Transparenz und der Kommunikation zwischen dem Konzern und seinen kommunalen Eignern bestellt ist. Die Steag bemüht sich auch diesmal nicht, ihre kommunalen Eigner mit „ins Boot" zu holen und für Klarheit zu sorgen. „Nichts Genaues weiß man als Kommunalvertreter mal wieder nicht", so die Fraktionsvorsitzende Gabriele Giesecke. „Die Steag macht was sie will und die städtischen Eigentümer werden zu Befehlsempfängern degradiert und nicht an strategischen Entscheidungen beteiligt. Leider haben SPD und CDU dieses Spiel viel zu lange mitgemacht und sich nicht genug um ihre eigenen Forderungen nach Mitsprache geschert. So ist nie ein kommunaler Beirat eingeführt worden, obwohl auch der Rat der Stadt Essen diesen wollte. Die Ratsfraktion Die Linke hat 2010 die Erwartung gehabt, dass sich die Steag als kommunaler Energieversorger regional und ökologisch neu aufstellt. Stattdessen hat sie das Auslandsgeschäft ausgedehnt und für den ökologischen Umbau zu wenig Anreize gesetzt. „Wir wollen im nächsten Rat erreichen, dass die Stadt Essen sich diesen Problemen verstärkt zuwendet und auch darstellt, ob und wie sich ein Ausstieg aus der Steag wirtschaftlich darstellen lässt", so Gabriele Giesecke abschließend.
www.linksfraktion-essen.de

Die Linke. fordert Änderungen bei den städtischen Beteiligungen: DUISBURG. Die Linke im Rat der Stadt Duisburg wird in der kommenden Sitzung des Rates am Montag einen Antrag zu den städtischen Beteiligungen einbringen. Hier geht es in erster Linie um ein transparenteres und demokratischeres Besetzungsverfahren bei den leitenden Positionen und eine Begrenzung der Auswüchse bei den Geschäftsführer- bzw. Vorstandsgehältern. Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion: „Daher fordern wir, dass spätestens 12 Monate nach dem Ende des Geschäftsjahres der Beteiligungsbericht zu den wichtigsten Beteiligungen der Stadt Duisburg vorgelegt wird. Des Weiteren fordern wir die Begrenzung der Vorstandsbezüge auf 300 000 € p.a. Ebenso sollen für die Zukunft intransparente Personalentscheidungen vermieden werden. Ausschlaggebendes Kriterium soll allein die fachliche Qualifikation sein. Aus diesem Grund müssen alle Neubesetzungen in den Vorstandsgremien per öffentliche Ausschreibung erfolgen. Abschließend fordern wir im Sinne der Gleichberechtigung, dass Aufsichtsräte aber auch Geschäftsführerpositionen paritätisch mit Frauen und Männern zu besetzen sind.
www.linksfraktion-duisburg.de

Antrag: Wohnbauprogramm „Wohnen für Alle" vollständig umsetzen! MÜNCHEN. Die Stadtratsgruppe Die Linke fordert, dass der Stadtrat die geplante Zahl von 3000 Wohnungen für Alle verwirklichen solle. Falls das Engagement privater Bauträger nicht ausreiche, sollten die städtischen Wohnungsbaugesellschaften die Differenz auffangen. Der Stadtrat möge beschließen: 1) Die

Stadtverwaltung wird gebeten, den aktuellen Zwischenstand des städtischen Wohnungsbauprogramms „Wohnen für Alle“ darzulegen. Dabei sollen insbesondere die Projekte und geplante Zahl der Wohnungen den tatsächlich realisierten (oder noch in Bau befindlichen) Wohnungen gegenüber gestellt werden, getrennt nach städtischen Wohnungsbaugesellschaften und anderen Bauträgern. 2) Der Stadtrat bekräftigt die geplante Zahl von 3000 Wohnungen. Falls das Engagement privater Bauträger nicht ausreicht, ihren Anteil von 1500 Wohnungen zu errichten, beauftragt der Stadtrat die städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG, die Differenz durch weitere Wohnungsbauprojekte im Programm „Wohnen für Alle“ aufzufangen.
www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Fraktion Die Linke streitet weiterhin für gute Arbeit bei der Stadt und den stadtnahen Unternehmen: Mainz. Zur heutigen Stadtratssitzungen wurden zwei Anträge der Fraktion Die Linke im Mainzer Stadtrat nicht zugelassen. Die Anträge „Fairer Umgang mit Arbeitnehmer*Innen – unvergütete Probearbeit verhindern“ und „Kettenbefristungen verhindern – sachgrundlose Befristung stoppen“ sollten zwei drastische Missstände beheben. Zum einen ist nicht zu erwarten, dass die heute vereidigte Regierung gegen sachgrundlose Befristungen vorgehen wird. Daher halten wir es für zielführend, dass sich die Stadt und die stadtnahen Gesellschaften dazu verpflichten, auf sachgrundlose Befristung zu verzichten und bestimmte Kriterien, wie befristete Haushaltsmittel und Erprobung nicht als Sachgrund für Befristungen geltend zu machen.
www.dielinke-mz.de

Spar- und Privatisierungswahn beenden- Taubertsbergbad in die öffentliche Hand zurückführen: Mainz. Das Taubertsbergbad steht möglicherweise vor einer Insolvenz. Dringend benötigte Reparaturen finden nicht statt und der private Betreiber hält sich bedeckt. Es ist zu befürchten, dass die Stadt mit einem ruinierten Schwimmbad und hohen Sanierungskosten zurückgelassen wird. Dazu erklärt Jasper Proske, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion Die Linke Mainz: „Dringend benötigte Reparaturen sind keine Neuheit im Taubertsbergbad Mainz. Oft sprechen uns Bürgerinnen und Bürger an, die sich über den schlechten Zustand des Bades beschweren. Es zeigt sich immer deutlicher, dass das Taubertsbergbad von ihrem privaten Betreiber stiefmütterlich behandelt wird.“
www.linksfraktion-mainz.de

Drastische Mieterhöhungen in der Birkenlohrstaße – Sozialverträglichkeit geht anders: Offenbach. Einer Pressemitteilung der Stadt vom 15.3.18 ist zu entnehmen, dass Häuser der GBO in der Birkenlohrstraße modernisiert und im Anschluss daran die Mieten enorm steigen werden. Die Geschäftsführerinnen der GBO nennen den Anstieg der Mieten moderat. Wir als Fraktion Die Linke halten den Anstieg von durchschnittlich 35 Prozent mehr Miete pro Monat für skandalös und alles andere als – wie ebenfalls in der Mitteilung betont – der Gemeinnützigkeit verpflichtet. Dazu erklärt der Stadtverordnete Sven Malsy: „Sozialverträglich heißt für uns, eine Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen von fünf Prozent in fünf Jahren einzuhalten. Wir orientieren uns damit an der städtischen Wohnungsbaugesellschaft in Frankfurt, die so eine Kappungsgrenze bereits erfolgreich eingeführt hat und umsetzt.“
https://die-linke-of-stadt.de

Linksfraktion kritisiert geplanten Umschlag des Biomülls in Oslebshausen: Bremen. Im Zuge der auslaufenden Entsorgungsverträge musste auch die Sammlung und Verwertung des Biomülls und der Grünabfälle neu geregelt werden. Die Linke war dafür, beides in kommunaler Hand und am Standort der bisherigen Kompostierungsanlage am Fahrwiesendamm zu realisieren. Die Regierungsmehrheit entschied sich aber für eine vollprivate Lösung und schrieb die Sammlung und Verwertung des Biomülls an Entsorgungskonzerne aus. Remondis erhielt den Zuschlag, und plant nun den Biomüll mit jährlich rund 1000 LKW in eine Vergärungsanlage in Osnabrück zu transportieren. Eine Beteiligung des Stadtteilbeirates fand bisher nicht statt. Nelson Janßen, umweltpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke kritisiert diesen Plan: „Die Belastung durch Emissionen sind in den Wohngebieten am Rande des Hafens bei Westwind erheblich. Aus unserer Sicht ist es ein Unding, wenn die Betroffenen von den Plänen des Remondiskonzerns und des Umweltressorts erst aus der Zeitung erfahren.“
http://www.dielinke-bremen.de

Stadtwerke: Nur geringer Ökostrom-Anteil: Norderstedt. Immerhin 46 Prozent Ökostrom weisen die Norderstedter Stadtwerke derzeit in ihrem offiziellen Energie-Mix aus. Weil der Ökostrom-Anteil in Wirklichkeit aber nur bei 11,8 Prozent liegt, kritisiert Die Linke jetzt die Einkaufspolitik der Stadtwerke – und die absurden Vorschriften des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). „Das ist eindeutig zu wenig“, so Hans-Georg Becker, stellvertretendes Mitglied im Stadtwerkausschuss. Becker weiter: „Wohlgemerkt: die Stadtwerke kommen ihrer Kennzeichnungspflicht gesetzeskonform nach. Allerdings lassen die Bemühungen, den Anteil an Ökostrom kurz- und mittelfristig zu steigern doch zu wünschen übrig.“ Im Ortsverband der Linken wird derzeit das Kommunalwahlprogramm 2018 erarbeitet. Eine der Forderungen ist die massive Veränderung des Strommixes der Stadtwerke – hin zu mehr Ökostrom. Bis zum Jahr 2020 soll dann überhaupt keine Energie aus Atom- und Kohlekraft mehr verwendet werden.
http://www.die-linke-segeberg.de

Angleichung der Bezahlung statt warmer Worte: Hildesheim. Linksfraktion im Kreistag fordert Bezahlung aller Beschäftigten der Volkshochschule nach Tarif des öffentlichen Diensts: „Unter dem Motto ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ fordern die Beschäftigten der Volkshochschule (VHS) zu Recht die Angleichung an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD). Denn seit dem Zusammenschluss der VHS wird ein Teil der Beschäftigten noch nach einem Haustarif bezahlt, bei dem die Mitarbeiter deutlich weniger Geld verdienen als ihre nach TVöD bezahlten Kollegen. Dies ist ein unhaltbarer Zustand, der nunmehr schon seit über 13 Jahren andauert“, erklärt Lars Leopold, Kreistagsabgeordneter der Linksfraktion.
dielinke-hildesheim.de

VKU-Umfrage Ländlicher Raum erschienen: Berlin. Der Entwurf des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und SPD rückt die Herausforderungen für die Leistungen der Daseinsvorsorge als Grundlage für gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum in den Fokus. Mehr als 300 VKU-Mitgliedsunternehmen haben an einer Umfrage zu den Herausforderungen im ländlichen Raum teilgenommen. „Der Glasfaserausbau ist das wichtigste Infrastrukturprojekt der Legislaturperiode“, zieht VKU-Hauptgeschäftsführerin Katherina Reiche ein erstes Fazit aus den Ergebnissen: „Zu gleichwertigen Lebensverhältnissen gehört der Zugang zu hochleistungsfähiger digitaler Infrastruktur. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) vertritt rund 1.460 kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Mit über 262 000 Beschäftigten wurden 2015 Umsatzerlöse von mehr als 115 Milliarden Euro erwirtschaftet und rund 11 Milliarden Euro investiert.“
https://www.vku.de

Mit der Forderung des Berliner Regierenden Bürgermeisters Michael Müller nach einem solidarischen Grundeinkommen, ist in die Diskussion um einen sozialen Arbeitsmarkt neuer Schwung gekommen. Bereits vor über fünf Jahren hat ein breites gesellschaftliches Bündnis bis in das konservative Lager, in der von Langzeitarbeitslosigkeit gebeutelten Stadt Gelsenkirchen, einen ähnlichen Vorstoß unternommen (s. PB 2010/12). Dieser „Gelsenkirchener Appell“ ist im Februar/März von den Akteuren noch einmal bekräftigt und modifiziert worden. So wird jetzt neu eine dauerhafte Beschäftigung für Langzeitarbeitslose gefordert, „wenn nötig bis zum Eintritt in das Rentenalter“. Damit wird anerkannt, dass die ebenso geforderte begleitende Qualifizierung für den 1. Arbeitsmarkt bei vielen Langzeitarbeitslosen nicht zum gewünschten Erfolg führen wird. Das ist eine deutliche Differenz zum NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann, der Beschäftigungsförderung nur zur Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt unterstützt. Viele Langzeitarbeitslose bleiben so außen vor. Ein dauerhafter sozialer Arbeitsmarkt wäre auch ein Unterschied zu den früheren Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder dem Öffentlichen Beschäftigungssektor, den es einst unter Rot-Rot in Berlin gab. Auch Michael Müllers Vorschlag geht in diese Richtung. Kritiker befürchten einen Verdrängungswettbewerb zu Lasten privater Firmen. Um dem entgegen zu wirken, wird im „Gelsenkirchener Appell“ die „verfahrensmäßige Einbindung der Sozialpartner“ vorgeschlagen, damit diese auf Zusätzlichkeit der Arbeit und der Einhaltung des öffentlichen Interesses achten. Auch der Hinweis auf die gute Beschäftigungslage überzeugt nicht, denn diese geht an zu vielen Langzeitarbeitslosen vorbei. Menschen, die trotz aller möglichen Qualifizierungsmaßnahmen keine Chancen mehr auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, brauchen trotzdem eine Perspektive.

Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen

Schluss mit Hartz IV? – Das „Solidarische Grundeinkommen“ wäre immerhin ein Anfang

Alexander Fischer, Mitglied der Linken und Staatssekretär für Arbeit und Soziales in Berlin

13 Jahre nach Inkrafttreten von Hartz IV fehlt dem Kernprojekt der Agenda 2010, wie Michael Müller feststellt, bis heute die gesellschaftliche Akzeptanz. Zu Recht spricht der Regierende Bürgermeister von einem „Makel“ für die Sozialdemokratie und gibt mit dem „Solidarischen Grundeinkommen“ einen Diskussionsanstoß, der explizit darauf gerichtet ist, Hartz IV auf mittlere Sicht abzuschaffen. Das Konzept stellt zwei Eckpfeiler von Hartz IV in Frage. Die Idee, Langzeiterwerbslosen ohne hohe Zugangsschranke eine auf längere Sicht angelegte öffentlich geförderte Beschäftigung anzubieten, räumt mit einer zentralen Lebenslüge von Hartz IV auf und beendet damit erstens die Verengung von Arbeitsmarktpolitik auf ein eng befristetes „Training on the Job“. Die Annahme eines Beschäftigungsangebots in dem so entstehenden sozialen Arbeitsmarkt soll freiwillig sein. Damit stünde zweitens das Zumutbarkeits- und Sanktionsregime von Hartz IV zumindest in Frage.

Anders als in rot-roten Zeiten gibt es nun in Berlin einen breiten Konsens in den Regierungsparteien über einen dauerhaft aufgestellten sozialen Arbeitsmarkt. Das eröffnet Möglichkeiten für progressive Politik. Niemand müsste Tätigkeiten erfinden. Das war übrigens auch im früheren Öffentlichen Beschäftigungssektor nicht der Fall. Berlin könnte einen großen praktischen Gewinn aus einem sozialen Arbeitsmarkt ziehen. Sozialmärkte, Integrationslots/innen, Kinderbetreuung außerhalb der Kita-Öffnungszeiten, vieles ist denkbar und notwendig, sofern den Kriterien Tarifbindung (der Mindestlohn muss die letzte Auffanglinie bleiben), Freiwilligkeit und Gemeinwohlorientierung zur Geltung verholfen wird. Wenn der Passiv-Aktiv-Transfer, den die GroKo im Bund verspricht, wirklich kommt, kann es in Berlin schnell losgehen.

Arbeitslose/ Langzeit-arbeitslose	Langzeitarbeitslose			
Rechtskreis	SGB II		SGB III	
Geschlecht	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich
Land				
Westdeutschland	299.406	267.140	36.776	30.680
Ostdeutschland	106.492	82.186	9.431	9.740
Schleswig-Holstein	15.736	12.332	1.533	1.393
Hamburg	10.393	7.557	918	963
Niedersachsen	41.657	35.651	4.307	3.815
Bremen	7.945	6.702	364	386
Nordrhein-Westfalen	133.864	121.227	13.533	10.354
Hessen	24.762	23.556	2.659	2.095
Rheinland-Pfalz	13.651	12.867	2.632	2.298
Baden-Württemberg	24.831	22.962	4.813	4.292
Bayern	20.983	19.378	5.372	4.573
Saarland	5.584	4.908	645	511
Berlin	24.648	16.906	1.597	1.373
Brandenburg	17.978	13.712	1.485	1.502
Mecklenburg-Vorpommern	11.956	8.968	1.315	1.426
Sachsen	24.792	19.708	2.114	2.212
Sachsen-Anhalt	16.621	14.295	1.662	1.775
Thüringen	10.497	8.597	1.258	1.452

Es wäre ein wichtiger Schritt voran, wenn Hartz IV einige Giftzähne verlieren würde. Ein Ende von Hartz IV ist das „Solidarische Grundeinkommen“ freilich nicht, solange der dritte zentrale Eckpfeiler unangetastet bleibt. Die Höhe der für Lebensunterhalt, Teilhabe und Wohnen zugestandenen Leistungen rechtfertigt bis heute die Aussage, dass Hartz IV Armut per Gesetz ist. Dennoch würde es in die Irre führen, dem „Solidarischen Grundeinkommen“ ein „Bedingungsloses Grundeinkommen“ als angeblich linkere Alternative gegenüber zu stellen. Die progressive Alternative zu einem Gesetz, das Niedriglöhne und Armut bringt, ist eine Politik, die gute Arbeit zu gerechten Löhnen fördert und die sozialen Lebensrisiken absichert, universell und inklusiv, aber eben nicht als bedingungsloses Grundeinkommen für alle in allen Lebenslagen. Der programmatische Fundus der Linken hält mit der sanktionsfreien Mindestsicherung und dem Konzept der öffentlich geförderten Beschäftigung belastbare Referenzpunkte für eine Debatte über das „Solidarische Grundeinkommen“ bereit.

Gelsenkirchener Appell

Die Unterzeichner richten an den Bund und das Land NRW den Appell, einen sozial ausgerichteten Arbeitsmarkt für dauerhaft nicht vermittelbare Arbeitslose zusammen mit den örtlichen Akteuren in Gelsenkirchen aufzubauen.

Unabhängig von der Konjunkturentwicklung finden viele Leistungsberechtigte des SGB II keine Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt. Zurzeit

beziehen ca. 80 % der Arbeitslosen in Gelsenkirchen Arbeitslosengeld II über einen langen Zeitraum hin. Gründe hierfür sind: Vor allem fehlende Arbeitsplätze bei einer dauerhaft hohen Arbeitslosenquote, aber auch geringes Qualifizierungspotential, gesundheitliche und persönliche Einschränkungen.

Wir sehen uns in der lokalen gesellschaftlichen Verantwortung, diesen Menschen über einen „Sozialen Arbeitsmarkt" eine sinnstiftende, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu geben, somit Teilhabe zu ermöglichen und damit wertschaffende Beiträge für die Stadtgesellschaft zu leisten. Das Recht auf Arbeit konkretisieren wir daher auch als Recht auf einen dauerhaften öffentlich geförderten Arbeitsmarkt. Dabei bleibt im Blick, dass durch aktivierende und qualifizierende Effekte ein Übergang in den ersten Arbeitsmarkt erfolgen kann und gefördert werden sollte.

Ziel ist die Schaffung von mindestens 1000 zusätzlichen, dauerhaften und sozial ausgerichteten Arbeitsplätzen in Abhängigkeit von Förderbedingungen des Bundes und des Landes NRW mit einer Laufzeit wenn nötig bis zum Eintritt in das Rentenalter.

Im lokalen Konsens können Finanzierungsbeiträge aus dem Eingliederungstitel SGB II des Integrationscenters für Arbeit erfolgen. Hinzu könnten eingesparte kommunale Mittel für Kosten der Unterkunft und eingesparte Bundesmittel für Arbeitslosengeld II eingebracht werden. Daher ist es unerlässlich, für diesen „Passiv-Aktiv-Transfer" die erforderlichen gesetzlichen Voraussetzungen durch ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren zu schaffen. Darüber hinaus bleibt eine Aufstockung der genannten Finanzierungsbeträge jedoch notwendig.

Der Appell richtet sich an die Verantwortlichen in Bund und Land, gemeinsam mit den Unterzeichnern Wege und Mittel zu finden, das Vorhaben zu verwirklichen. Gelsenkirchen ist aufgrund der dargestellten Bedingungen in besonderer Weise auf einen „Sozialen Arbeitsmarkt" angewiesen. (...)

www.gelsenkirchen.de/de/_funktionsnavigation/presse/pressemeldungen/32876-gelsenkirchener-appell-2018

Solidarisches Grundeinkommen – Hartz IV: DGB begrüßt Müllers Vorstoß

„Schluss machen" mit dem bisherigen Hartz-IV-System – das fordert Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller. Er schlägt ein „solidarisches Grundeinkommen" mit sozialversicherungspflichtigen Jobs und regulärem Lohn vor. Müllers Vorschlag zeige Langzeitarbeitslosen Perspektiven auf, „weil er Wege in Arbeit eröffnet", sagte DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. „Teufelskreis durchbrechen". „Für viele bedeutet Hartz IV nicht nur ein Leben in Armut, sondern ist auch eine Sackgasse statt ein Weg in den Arbeitsmarkt", so Buntenbach. Wichtig sei aber bei der Umsetzung entsprechender Vorschläge, „dass es sich um gute Arbeit handelt: sozialversicherungspflichtig und tariflich bezahlt. Dabei muss die Autonomie der Menschen gestärkt werden, sie entscheiden selbst, wie es weitergeht." Wenn Müllers Vorschlag so umgesetzt werde, könnte der Teufelskreis von Entmutigung und Langzeitarbeitslosigkeit für viele durchbrochen werden.

www.dgb.de/

Neuausrichtung von Hartz IV: Paritätischer begrüßt die Initiative von Bundesarbeitsminister Heil

Der Paritätische Wohlfahrtsverband begrüßt das Vorhaben von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, den Koalitionsvertrag beim Wort zu nehmen und einen Sozialen Arbeitsmarkt für bis zu 150 000 Langzeitarbeitslose zu schaffen und darüber hinaus zu einer generellen Neuausrichtung der Grundsicherung für Arbeitsuchende zu gelangen. Der Paritätische reagiert damit auf einen Gastbeitrag von Hubertus Heil in der FAZ.

„Wir haben hunderttausende langzeitarbeitslose Menschen, die kaum noch auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelbar sind. Es ist höchste Zeit, dass Politik auch für diese Menschen Perspektiven schafft. Da wo der erste Arbeitsmarkt keinen Platz bereithält, braucht es passgenaue Hilfen und öffentlich geförderte gute Beschäftigung. Es ist gut, dass der Arbeitsminister das jetzt anpackt", so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.

Die Pläne des Bundesarbeitsministers, bei der Schaffung eines Sozialen Arbeitsmarktes auf längerfristige sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse bei unterschiedlichen Arbeitgebern – von privat-gewerblichen über gemeinnützigen bis hin zu kommunalen Arbeitgebern – zu setzen, markierten einen Meilenstein. Der Paritätische wirbt seit vielen Jahren für solche Beschäftigungsangebote. Die vorgesehenen vier Milliarden Euro zur Förderung entsprechender Angebote für zunächst 150 000 Langzeitarbeitslose könnten zwar nur ein Einstieg sein. Nichtsdestotrotz sei es ein ganz wichtiger Schritt nach vorn.

http://www.der-paritaetische.de

DOK: Blick in die Presse

ROSI STEFFENS, LANGEN

Solidarisches Grundeinkommen

Warnung vor solidarischem Grundeinkommen. Zeit-online, Mi., 4.4.18. – „Es gibt arbeitsmarktpolitische Instrumente, die bei einer sorgfältigen Evaluation sehr wenig Wirkung zeigen", sagt U. Walwei, Vizedirektor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. „Aber die schlechteste Bilanz ... haben ABM." Solche Maßnahmen könnten allenfalls für Menschen sinnvoll sein, die schon viele Jahre arbeitslos seien, unter großen persönlichen Problemen litten und keine Aussicht auf eine normale Stelle hätten." „Aber die Gefahr ist, dass auch fittere Arbeitslose in solche Maßnahmen kommen, für sie ist das kontraproduktiv."

Arbeitslose brauchen Arbeitsplätze, keine Parkplätze. www.verbaende.com. Pressemitteilung: Die Familienunternehmer. Die., 3.4.18. – Ziel sämtlicher Maßnahmen bei Langzeitarbeitslosen sollte immer die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt sein. Tätigkeiten in staatlicher Beschäftigung können schnell zur Sackgasse werden.

Das Märchen „sozialer Arbeitsmarkt". FAZ, So., 1.4.18. – Es geht um Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit (ca. 800 000 Menschen). Vier Mrd. Euro zusätzlich soll es „für neue Chancen in einem sozialen Arbeitsmarkt für 150 000 Langzeitarbeitslose" geben. Wer mehrere Jahre arbeitslos war, könne nicht von null auf hundert durchstarten, solle „gesellschaftlich relevante Tätigkeiten" verrichten und „solidarisches (nicht „bedingungsloses) Grundeinkommen" in Höhe des Mindestlohns von 8,84 Euro erhalten. Heils sozialer Arbeitsmarkt sei unter anderem Namen längst gescheitert. (Hartz-Reformen von Kanzler Schröder). Ziel des Sozialstaates solle sein, Bedürftige aus staatlicher Abhängigkeit zu befreien. Menschen, bei denen das nie gelingen wird, helfe man auch nicht, wenn man sie in eine schönfärberisch genannte Scheinwirtschaft namens „sozialer Arbeitsmarkt" stecke. So viel Arbeit sei seit den goldenen Jahren des Wirtschaftswunders noch nie dagewesen, anders nach der Wiedervereinigung, als man den „dritten Sektor" jenseits von privater und staatlicher Wirtschaft geschaffen, was jedoch z.B. viele Gartenbau- und Landschaftspflege-Firmen, ruiniert habe. Wer einigermaßen geistig und körperlich fit sei, fände eine bezahlte Beschäftigung. Dass die Wirtschaft von Heils Ideen aufgeschreckt einen Verdrängungswettbewerb im Handwerk kommen sähe, sei ernst zu nehmen.

Der AfD-Antrag zur Einführung umfassender Grenzkontrollen stößt auf Widerstand

Der AfD-Antrag zur Einführung umfassender Grenzkontrollen stößt auf Widerstand. Die AfD reichte im November 2017 im Bundestag den Antrag: „Umfassende Grenzkontrollen sofort einführen – Zurückweisung bei unberechtigtem Grenzübertritt“ (BT-Drs. 19/41) ein. Ähnlich wie bei den anderen populistischen Schaufensteranträgen der AfD im Bundestag handelt es sich um einfach klingende, aber undurchführbare und oft schlicht widerrechtliche Anträge, um die anderen Fraktionen zu diskreditieren. Am 16. März erfolgte 2018 die Ablehnung dieses Antrags mit übergroßer Mehrheit von 544 zu 84 Stimmen bei drei Stimmenenthaltungen.

Grenzzäune in Ungarn zur Verhinderung von unerwünschter Einwanderung. Photo: Wikipedia, Autoren: Gémes Sándor/SzomSzed

Gokay Akubulut,* Mannheim

Die AfD hatte namentliche Abstimmung beantragt. „Ihr Kalkül war es, vor allem die Abgeordneten von CDU und CSU zu zwingen, sich in dieser Frage öffentlich zu positionieren“, schreibt die Wirtschaftswoche vom 16.3.18. „Bei derzeit weitgehend ungeschützten EU-Außengrenzen kommt es an deutschen Grenzen aktuell immer noch zu vielen tausend unberechtigten Grenzübertritten pro Monat. Diese permanente illegale Zuwanderung kann nur deshalb stattfinden, weil die Bundesregierung die Staatsgrenzen nicht vollständig kontrolliert, sie nicht effektiv schützt und auch die rechtlichen Möglichkeiten der Zurückweisung von Schutzbegehren bei Übertritt aus einem sicheren Nachbarstaat nicht vollständig ausschöpft. Hunderttausende Migranten erhalten auf diese Weise unberechtigten Zutritt und Aufenthalt in Deutschland – samt Vollversorgung sowie Inanspruchnahme aller Rechtsmittel zur Fortsetzung dieses von Anfang an unberechtigten Aufenthalts.“ heißt es im Vorspann zum Antrag. Es solle sofort ein vollständiger und effektiven Schutz der deutschen Grenze – einschließlich der grünen Grenze – gewährleistet werden, d.h. „umfassende Grenzkontrollen mit entsprechenden Vollmachten und durch geeignete Maßnahmen, ggf. durch Auf- und Ausbau von Bundesbereitschaftskräften; dass das Ergebnis eine grundsätzliche Zurückweisung von unberechtigtem Grenzübertritt bewirkt, auch wenn sich ein Migrant, der aus einem benachbarten sicheren Drittstaat im Sinne von § 26a Abs. 2 des Asylgesetzes (AsylG) anreist, auf Verfolgung oder Schutzgründe beruft“ Dr. Curio, AfD-Abgeordneter führt dazu aus: „... Wie von obersten Richtern betont, kann niemand, unter Berufung auf Schutzgründe zu Land nach Deutschland einreisen. Die Einreise aus einem sicheren Drittstaat (alle Nachbarstaaten Deutschlands seien Drittstaaten) ist zu verweigern.“ Der Antrag der AfD macht deutlich, dass die rechtlichen Regelungen innerhalb der EU und Deutschlands für diese Partei keine Rolle spielen. Verkannt werden einerseits unterschiedlichen Formen von Migration, andererseits der klare Widerspruch zum Grundsatz der Freizügigkeit, der in der Europäischen Union gilt. In der EU sind Binnengrenzkontrollen weitestgehend untersagt. Sie dürfen höchstens vorübergehend und unter bestimmten Umständen eingeführt werden, aber auf Dauer sind sie unzulässig. Des Weiteren gilt innerhalb der EU u. a. die Dublin-III-Verordnung (604/2013), die bestimmt, welcher Staat jeweils zuständig ist für das Verfahren einer Person, die um internationalen Schutz gesucht hat. Eine pauschale Zurückweisung von Personen, die die Grenzen übertreten haben und in Deutschland einen Antrag auf internationalen Schutz stellen, ist nicht möglich und würde gegen das Non-Refoulement-Gebot verstoßen. Erst in einem rechtsstaatlichen Verfahren wird geprüft, ob der ersuchte Mitgliedstaat zuständig oder welcher Mitgliedstaat verantwortlich ist. Diese Entscheidung ist dann ebenfalls mit Rechtsmitteln angreifbar. Würde man – gemäß der AfD-Forderung – eine grundsätzliche Zurückweisung umsetzen, entfiele das Verfahren über die Zuständigkeit des für die Person verantwortlichen Mitgliedstaats und widerspräche dem Grundsatz der Nichtzurückweisung. Das Nicht-Zurückweisungs- oder auch Non-Refoulement-Gebot ist eines der wichtigsten Prinzipien im internationalen Flüchtlingsrecht und weltweit in allen internationalen Menschenrechtskatalogen enthalten. Es gibt zahlreiche Anhaltspunkte, die in einem solchen Verfahren dafür herangezogen werden könnten, dass Deutschland für das Asylverfahren einer Person zuständig ist. Übertritt beispielsweise eine unbegleitete Minderjährige die österreichisch-deutsche Grenze und befindet sich ihre Mutter im Asylverfahren in Deutschland, würde im Rahmen der Dublin-III-Ver-

Die Union zum AfD-Antrag „Sicherung der deutschen Grenzen“

Rosemarie Steffens, Langen, Hessen (dok)

Detlef Seif, CDU/CSU. ... Wir brauchen ... eine bessere Sicherung der EU-Außengrenzen und die hundertprozentige Registrierung. Frontex ist zu einer echten europäischen Grenzpolizei auszubauen. National müssen wir ... mit Nachdruck an einer weiteren Beschleunigung und Verbesserung der Asylverfahren arbeiten, ... Aber die Gründe der Migration liegen ... in den vielen Fluchtursachen dieser Welt, bei den verfolgten Menschen und dem Schutz, den sie benötigen. ... Sie bekämpfen die Flüchtlinge und die Menschen, die Schutz suchen, ...

Michael Kuffer, CDU/ CSU: Keine andere Partei in diesem Hause verfolgt das Thema Grenzsicherung so intensiv wie die CSU. ... Wir haben ... die Binnengrenzkontrollen auf Bundesebene wieder eingeführt, die die Bundespolizei mit Unterstützung der bayerischen Polizei erfolgreich durchführt. ... Die CSU wird bei diesem Thema keine Ruhe geben ... Ein striktes Bekenntnis zum Asylgrundrecht schließt die Dimension der Rechte ebenso ein wie die Grenzen, die dem Grundrecht immanent sind. ... An die Adresse der AfD will ich sagen: Sie unterliegen einer naiven Vorstellung, wenn Sie glauben, dass es die eine Maßnahme gibt. ... gute Sicherheitspolitik bedeutet das Ineinandergreifen einer Vielzahl von gezielten Maßnahmen ... es ist doch geradezu eine kindlich-naive Vorstellung, dass man im Jahr 2018 Grenzsicherung betreiben kann, in dem man Polizisten durchs Unterholz schickt, um im Wald Zäune aufzubauen, im Zeitalter von Drohnen, Wärmebildkameras und Ähnlichem ...

Verordnung (EU) 2016/399

Schengener Grenzkodex

Der Schengener Grenzkodex ist eine Verordnung der Europäischen Union. Verordnungen der EU sind Teile des Sekundärrechts mit allgemeiner und unmittelbarer Wirksamkeit in den Mitgliedstaaten. Der Schengener Grenzkodex regelt den Grenzübertritt an den Binnen- und Außengrenzen des so genannten Schengenraums. In weiten Teilen verdrängt der Schengener Grenzkodex die nationalen Rechtsvorschriften über den Grenzübertritt und die Modalitäten der Grenzkontrolle.

ordnung die Prüfung der Zuständigkeit des für das Mädchen verantwortlichen Mitgliedstaats innerhalb der EU ergeben, dass wahrscheinlich Deutschland, für ihr Verfahren auf Antrag von internationalen Schutz oder Asyl, der zuständige EU Mitgliedstaat wäre (Art. 8 Abs. 1 Dublin III Verordnung). Die Linke setzt sich dafür ein, dass die Verpflichtungen aus internationalem und europäischem Recht in Bezug auf Flüchtlingsschutz eingehalten werden. Darüber hinaus kämpft sie für eine Solidarität mit denjenigen, die vor dem Krieg und schlechten humanitären Bedingungen nach Deutschland fliehen. Außerdem steht Die Linke dafür ein, dass Asylrecht wieder zu stärken und soziale Teilhabe für jeden Menschen zu ermöglichen. Schutzsuchende brauchen legale und sichere Zugangswege in die EU. Die Bekämpfung von Fluchtursachen darf keine hohle Phrase bleiben, die der Legitimation der Grenzabschottung dient.

„Stattdessen haben wir aber Binnenmigration und wegen dieser versäumten Pflicht müssen wir unsere Weihnachtsmärkte mit Betonpollern und Maschinenpistolen schmücken." Stephan Proschka (AfD) hatte in der ersten Lesung dieses Antrages ernsthaft auf das Modell umfassender Grenzsicherung in Saudi Arabien hingewiesen: Dort werde ein Zaun rund ums Land gebaut. Der CDU/CSU-Abgeordnete D. Seif kommentiert dazu: „... Also wollen Sie saudi-arabische Verhältnisse ... dreifachen Grenzzaun, Kontrolltürme, ... technische Totalüberwachung. ... Wenn sie es ernst meinen, dann wären alle Straßen und Wege, alle Grenzgewässer ... jeglicher Grenzverkehr einschließlich Flug- und Bahnreisende zu kontrollieren. Eine untragbare Belastung für die Menschen, den Handel und das Handwerk. ... Der AfD-Antrag ist schon ein Frontalangriff gegen die größten Errungenschaften der Europäischen Union – die Reisefreiheit und Freizügigkeit."

* Frau Gökay Akbulut, Bundestagsabgeordnete & Stadträtin Die Linke Mannheim

DOK: Rechte Provokationen --- Demokratische Antworten

REDAKTIONSNOTIZEN • ZUSAMMENFASSUNG: ROSEMARIE STEFFENS, Langen, Hessen

Stadthalle blieb für die NPD geschlossen. Die Stadt WETZLAR entschied am 23.3. nach monatelangen gerichtlichen Auseinandersetzungen mit der NPD, dieser die Stadthalle für eine Wahlkampfveranstaltung nicht zur Verfügung zu stellen und Rechtsrock-Bands nicht auftreten zu lassen. Der Verwaltungsgerichtshof Kassel hatte der Stadt bei Verweigerung des Zugangs für die NPD ein Zwangsgeld von 7500 Euro in Aussicht gestellt, das Bundesverfassungsgericht wies die Stadt per einstweiliger Anordnung an, diesen Beschluss umzusetzen. Die Stadt begründete die Verweigerung u.a. mit unzureichendem Versicherungs- und Sanitätsschutz der NPD. Der Gießener Regierungspräsident Dr. C. Ullrich ist nun mit der Prüfung des Falles beauftragt.
FAZ, Gießener Anzeiger 25.3., LTO 29.3.18

Rechte Liste verliert Stimmen bei Opel Rüsselsheim. Die „Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger" hat bei der Betriebsratswahl bei Opel gegenüber ca. 800 Stimmen 2013 nur noch 523 erhalten. Der Listenführer sympathisiert mit der rechten Liste „Zentrum Automobil".
FAZ 23.3.18

Leitkultur: Seehofers Antritts-Statement in Sachen Islam steht im Zusammenhang des in Bayern gegen den erbitterten Widerstand der Landesfraktionen von SPD und Grünen beschlossenen Leitkulturgesetzes, gegen das eine Klage beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof anhängig ist.

Lettland reagiert auf Proteste gegen Aufmärsche zu Ehren der Waffen-SS. Die Botschaft der Republik Lettland hat am 16.3.18 auf die seit Jahren stattfindenden Proteste von antifaschistischen und Friedenskräften gegen die jährlichen Ehrungen der lettischen Waffen-SS reagiert. An die DfG VK erging eine „Information zu den Gedenkveranstaltungen am 16. März für die von den Nationalsozialisten mobilisierten lettischen Soldaten". „Lettland verurteilt konsequent die Verbrechen beider totalitären Regime des 20. Jahrhunderts gegen die Menschheit, den Holocaust und gedenkt an die Opfer der Regime ... Der 16. März sei in Lettland kein offizieller Gedenktag. ... Gleichzeitig garantiere die Verfassung die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. ... Lettland hat aus seiner tragischen Vergangenheit gelernt und verurteilt jede Form von Radikalismus und Politisierung der Geschichte."

Steve Bannon auf Europa-Tour. Der ehemalige Chefstratege von Trump und Internetportal „Breitbart"-Gründer unterstützte den Wahlkampf der Lega in Italien, um danach von Lugano nach Zürich als Gast des „Weltwoche"-Chefs und SVP-Politiker Rogel Köppel zu reisen. Zwischendurch traf er A. Weidel (AfD) zum Gedankenaustausch, die sich Rat bei ihm für die Propagandaarbeit bei der AfD holen wollte. Er trat auch beim Front National in Lille auf. Bannon rief in Zürich vor 1600 Zuhörern: „Die populistische Welle ist nicht vorbei, sie beginnt gerade erst. Die Geschichte ist auf unserer Seite."
FAZ, 8.3., S. 3 u. 13 (im weiteren Text werden die bisherigen Propagandamethoden wie Facebook oder AfD-TV spannend aufgelistet), dlf 24, 10.3.18

Uwe Tellkamp in Dresden. Der Autor von „Der Turm" attestiert Migranten in ihrer Mehrheit wirtschaftliche Interessen. Unter dem Motto „Streitbar! Wie frei sind wir mit unseren Meinungen?" fand eine Podiumsdiskussion in Dresden mit Tellkamp und Durs Grünbein statt. Tellkamp hatte als einer der ersten die Petition „Charta 2017" unterzeichnet, die sich gegen den Aufruf des Börsenvereins des Dt. Buchhandels wandte und einen „Gesinnungskorridor" für unliebsame Meinungen beklagten. Die Veranstalter hatten zur Auseinandersetzung mit neurechten Verlagen auf der Frankfurter Buchmesse aufgefordert, das rief Gegenreaktionen von z.B. 100 Autoren, u.a. Grünbein, hervor. „Die Freiheit, sich zu äußern, begründet kein Recht, sich unwidersprochen zu äußern."
FAZ, 10.3., DLF, „Informationen am Abend" 10.3.18

Zentralrat der Muslime verteidigt Verfassung. Der Vorsitzende A. Mazyek wirft der AfD vor, sich „verfassungsfeindlich" zu verhalten: „Mit ihrer antimuslimischen Politik, dass sie Muslime nicht genauso behandeln möchte wie Christen oder Juden, hat sie gegen das Verfassungsrecht verstoßen." Die AfD wende sich „gegen unser Land und gegen unsere großartige Demokratie und unsere Werte". Sie habe es am geschicktesten verstanden, eine „vorhandene antimuslimische Stimmung" parteipolitisch zu nutzen: „Das ist ihre Einflugschneise gewesen, und sie hat damit ein ganzes Sammelbecken von Neonazis und anderen Rechtsextremen aufgesogen." Zur Islamfeindlichkeit in Deutschland sagte Mazyek: „Ich sehe einen Trend in der Gesellschaft." In den sozialen Medien und in der politischen Debatte sinke die Hemmschwelle, ... diese Entwicklung schlägt sich nicht nur in verbaler, sondern auch in physischer Gewalt gegen Muslime nieder."
„Wir müssen ... stärker klarmachen, dass jeder Anschlag und jeder Übergriff ein Angriff auf uns alle ist. Egal, wo das Feuer brennt, es brennt unser Land."
FAZ-Woche, 8.3.18.

Soziale Grenzen der EU-Bürgerschaft*

Thilo Janssen, 4. April 2018

Die EU-Verordnung 883/2004 zur Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme wird zurzeit von den EU-Gesetzgebern Parlament und Rat verhandelt. In Politische Berichte Nr. 2/2018 gebe ich einen Überblick, was die Verordnung regelt und welche Vorschläge die EU-Kommission zu ihrer Überarbeitung gemacht hat. Im vorliegenden zweiten Teil des Textes werden einige politische Konflikte um die soziale Koordinierung in der EU dargestellt. Daraus ergeben sich zwei Thesen: Erstens werden EU-Bürger*innen immer häufiger unter einen allgemeinen Verdacht auf Sozialbetrug gestellt. Dies ist auch eine Folge der rechtsnationalen Diskurse in vielen EU-Ländern. Zweitens kann die Koordinierung des Sozialrechts in der EU die notwendige Harmonisierung sozialer Leistungen nach oben nicht ersetzen. Die soziale Frage muss in den Mittelpunkt der Debatte um die Zukunft der EU gestellt werden.

Etwa 17 Millionen EU-Bürger*innen leben und arbeiten heute in einem anderen EU-Land. Das sind so viele wie noch nie. Die Verordnung 883/2004 sorgt eigentlich dafür, dass sie erworbene Ansprüche aus der Sozialversicherung auf dem EU-Binnenmarkt mitnehmen und geltend machen können. Eine größer werdende Anzahl von Menschen ist jedoch davon ausgeschlossen. Es geht um EU-Bürger*innen, die weder (offiziell) erwerbstätig sind noch Ansprüche aus der Sozialversicherung haben. Die EU-Kommission will gesetzlich festschreiben, dass diese Menschen in anderen EU-Ländern konsequent von Sozialleistungen ausgeschlossen werden können. Auch SPD und CDU/CSU wollen laut EU-Kapitel ihres neuen Koalitionsvertrags „missbräuchliche Zuwanderung in die Systeme der sozialen Sicherheit unterbinden“. Wo Kommission, Union und SPD „Missbrauch“ wittern, klafft in Wirklichkeit ein großes Loch im EU-Bürgerschaftsrecht: Die Freizügigkeit armer Menschen wird eingeschränkt. Das vorgeschobene Argument dafür ist, dies schaffe „Rechtsklarheit“. Ein Blick auf die Straßen westeuropäischer Großstädte zeigt jedoch sofort, dass dies falsch ist: Die Zahl osteuropäischer Obdachloser in westeuropäischen Städten steigt beständig. Menschen aus Rumänien, Bulgarien oder Polen kommen zum Beispiel nach Deutschland, um Arbeit zu suchen. Für viele gut qualifizierte junge Leute ist dies kein Problem. Viele andere bekommen jedoch nur Gelegenheitsjobs, werden ausgebeutet, landen auf der Straße. Von Sozialleistungen sind sie bereits jetzt nach gültiger Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) ausgeschlossen. Viele gehen trotzdem nicht zurück in ihre Herkunftsländer, weil die Lebensbedingungen für sie dort noch elender sind als in einer Obdachlosenunterkunft in Köln oder in einem Zelt im Berliner Tiergarten. Lokale Behörden und Sozialverbände sind vielfach überfordert. Es gibt Konflikte. In der EU der Freizügigkeit kann es politisch gefährlich werden, wenn diese Lücke in der Koordinierung des Sozialrechts nicht geschlossen wird. Rechte Parteien warten nur darauf, das Thema auszuschlachten. Bereits 2013, als auch die EU-Bürger*innen aus Rumänien und Bulgarien das Recht auf Freizügigkeit bekamen, schürten AfD, NPD und CSU im Bundestagswahlkampf sogleich Angst vor Einwanderern aus den ärmeren EU-Ländern. Ihre Parolen lauteten „Wer betrügt, der fliegt“ oder „Deutschland ist nicht das Sozialamt der Welt“. So wurden auch rassistische Vorurteile gegen Roma wiederbelebt.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie sich rechtsnationale Kampagnen um angeblichen „Sozialbetrug“ durch EU-Bürger*innen auswirken, ist der Streit um die Regeln zum Export von Kindergeld. Bisher bekommen Beschäftigte Kindergeld in dem Land ausbezahlt, in dem sie arbeiten und in dessen Sozialsystem sie einzahlen. Der damalige britische Premier David Cameron forderte während der Brexit-Kampagne 2015 von der EU, die Auszahlung von Kindergeld an EU-Bürger*innen beschränken zu dürfen. Die deutsche Bundesregierung griff dies gemeinsam mit anderen konservativen Regierungen sofort auf. Sie will die Höhe des exportierten Kindergeldes an die Lebenshaltungskosten im Wohnland der Kinder anpassen. Das würde bedeuten, dass etwa eine Polin, die in Deutschland arbeitet und dort in voller Höhe Steuern und Sozialabgaben zahlt, weniger Kindergeld bekommen soll, wenn ihre Kinder nicht in Cottbus sondern in Warschau leben. Denn in Ost- oder Süd-Europa, so die Argumentation, seien die Lebenshaltungskosten niedriger als in Deutschland. Nicht berücksichtigt wird, dass aus Deutschland weit höhere Beträge gezahlt werden müssten, wenn die Kinder eines Arbeitnehmers zum Beispiel in der Schweiz leben. Die EU-Kommission lehnt eine solche Indexierung bisher ab. Denn es würde mit einem Grundprinzip des Koordinierungsrechts gebrochen: Es gilt immer das Sozialrecht des EU-Landes, in dem eine Person arbeitet, mit allen Vor- und Nachteilen. Mit einer Indexierung würden EU-Bürger*innen gezielt diskriminiert. Aus deutscher Sicht: Nichtdeutsche EU-Bürger*innen wären überproportional häufiger betroffen als deutsche, obwohl alle gleichermaßen Steuern und Abgaben zahlen. Extra-Kosten für betroffene EU-Bürger*innen würden nicht berücksichtigt – etwa für Flugtickets, die Eltern bezahlen müssen, wenn sie trotz der Arbeit in einem anderen Land versuchen, ihre Kinder so oft wie möglich zu sehen. Die Indexierung würde insgesamt nur eine vergleichsweise kleine Gruppe von Menschen betreffen, wäre aber mit einem sehr großen Verwaltungsaufwand und entsprechenden Kosten verbunden: Lebenshaltungskosten müssten berechnet, der Aufenthaltsort aller Kinder ständig nachgewiesen und überprüft werden, es würde viele Verfahren vor Gericht geben. Die Regierungen Deutschlands, Österreichs oder Dänemarks halten jedoch gemeinsam mit rechtsextremen Parteien wie der AfD in Deutschland an der Forderung nach einer Kindergeld-Indexierung fest. Im EU-Parlament und im Rat zeichnet sich bisher jedoch keine Mehrheit für diesen Angriff auf das Familienwohl ab.

Nach Vorstellung der EU-Kommission und einiger Regierungen in der EU soll auch die Koordinierung von Arbeitslosenleistungen komplizierter gemacht werden. Dabei gibt es keinerlei Beweise für massenhaften „Missbrauch“, wie etwa der Deutsche Gewerkschaftsbund klarstellt. Bisher bekommen EU-Bürger*innen in dem Land Arbeitslosengeld, in dem sie zuletzt gearbeitet und in dessen Arbeitslosenversicherung sie eingezahlt haben. In Zukunft sollen nach dem Vorschlag der EU-Kommission, Versicherungszeiten für die Arbeitslosenversicherung in einem Land erst dann angerechnet werden, wenn eine Person zuvor mindestens drei Monate dort gearbeitet hat. Der Vorschlag der Kommission richtet sich gegen möglichen „Sozialmissbrauch“. In Wirklichkeit führt er jedoch nur dazu, dass die Regeln komplizierter werden. In Zeiten befristeter Arbeitsverträge und prekärer Beschäftigung drohen soziale Ansprüche von EU-Bürger*innen verloren zu gehen. Arbeitslose, die dringend auf die ihnen zustehenden Leistungen angewiesen sind, laufen Gefahr, zwischen den Behörden mehrerer EU-Ländern hin- und her geschickt zu werden. Denn je komplizierter die Regeln, desto eher kommt es zu Streitigkeiten darum, welches Land zuständig ist. Verlieren werden die EU-Bürger*innen, die ihr Recht auf Freizügigkeit wahrnehmen. Auch hier droht die rechte Propaganda vom überall lauernden „Sozialbetrug“ in die EU-Verordnung einzusickern und das bestehende Sozialrecht zu beschädigen.

Die drei hier dargestellten politischen Konflikte um das soziale Koordinierungsrecht verweisen darauf, dass es grundsätz-

* Teil I siehe PB Nr. 2/2018, http://www.linkekritik.de/fileadmin/pb1802/pb18-02-i.pdf#page=16

lich nicht gut um die soziale Dimension der EU bestellt ist. Freizügigkeit sollte im Idealfall dazu dienen, dass sich Menschen in der EU frei bewegen und dort leben und arbeiten können, wo es ihnen am besten gefällt. Das wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen den EU-Ländern, die verschärfte Konkurrenz um niedrige Steuern für Unternehmen auf dem Binnenmarkt und die katastrophalen Auswirkungen der Austeritätspolitik in Ländern wie Rumänien, Griechenland, Spanien oder Lettland bewirken jedoch, dass immer mehr Menschen sich gezwungen sehen, eher aus Not als aus freiem Willen in einem anderen EU-Land ihr Glück zu suchen. Die Konflikte um die soziale Koordinierung hängen somit unmittelbar mit den Auswirkungen des Binnenmarktes und der EU-Finanz- und Wirtschaftspolitik zusammen (auf diese kann hier nicht näher eingegangen werden).

Die soziale Frage in der EU bedarf einer europäischen Antwort. Diese müsste zunächst die Lücken in der Koordinierung des Sozialrechts schließen. Dies betrifft vor allem die nichterwerbstätigen und arbeitsuchenden EU-Bürger*innen, die heute immer häufiger in der Obdachlosigkeit enden. Dafür gäbe es verschiedene Ansätze: Beispielsweise sollten Mindesteinkommen und Sozialhilfe in das Koordinierungsrecht aufgenommen werden. In der Sozialwissenschaft werden weitergehende Vorschläge diskutiert, etwa eine europäische Mindestsicherung für Menschen, die in anderen EU-Ländern Arbeit suchen.

Zweitens kommt die EU nicht länger an einer positiven Harmonisierung der Sozialsysteme vorbei. Dabei geht es nicht darum, dass es überall die gleichen Leistungen geben muss. Es sollte weiterhin den EU-Ländern überlassen bleiben, wie sie ihre sozialen Systeme organisieren. Sie sollten dabei jedoch rechtlich verbindliche EU-Mindeststandards erfüllen, die sich an der jeweiligen Wirtschaftsleistung und an den Lebenshaltungskosten orientieren. Ein Beispiel: Es sollte in jedem EU-Land armutsfeste Mindesteinkommen und Mindestrenten geben. Ärmere EU-Länder werden vorübergehende Finanzhilfen brauchen, um ihre sozialen Systeme dahingehend zu entwickeln.

Hohe soziale Mindeststandards würden erzwungene Armutswanderung dauerhaft unnötig machen. Sozialleistungen könnten einfacher zwischen den EU-Ländern koordiniert werden, wenn sie sich schrittweise angleichen. Gute Sozialleistungen fördern eine bessere Verteilung des erwirtschafteten Reichtums und stabilisieren die Binnennachfrage. Den Rechtsextremen würde ein Ansatz dafür genommen, soziale Konflikte nationalistisch und rassistisch umzudeuten. Dies sind nur einige Argumente die dafür sprechen, die soziale Frage in den Mittelpunkt der Debatte um die Zukunft der EU zu stellen. ■

In den PB Nr. 12/2017 brachten wir den Vorschlag an Die Linke, sich mit dem Jubiläum zum Ende des Grossen Krieges ernsthaft zu befassen.[1] In PB 2/2018 erschien der Lektüreberichtt: Herfried Münkler, Der Grosse Krieg – Die Welt 1914 bis 1918.[2] Im Arge Rundschreiben Nr. 20,[3] das der Ausgabe beilag, war die Entwicklung des Nationalismus und der zwischenstaatlichen Beziehungen entstehenden Nationalstaaten Europas des 19ten Jahrhunderts Thema. Die Sommerschule der ArGe wird unter dem Arbeitstitel: Staatsbildung und Friedenspolitik in der Theorienbildung der Arbeiterbewegung vorbereitet.[4]

Solche Themen liegen auf dem Tisch, weil die tradierten Ansätze linker Politik gegen Nationalismus und Kriegsgefahr nicht greifen. Wo liegen die Defizite? Woran muss und kann man festhalten? Gibt es handlungsleitende Irrtümer, die bereinigt werden müssen?

Dazu wollen wir in den nächsten Monaten aus unserem Diskussionszusammenhang Meinungen, Lektüreberichte, Thesen etc. einsammeln. In dieser Ausgabe bringen wir einen knappen Auszug des umfangreichen und im Original mit vielen Fußnoten versehenen Vortrags[7] von Thomas Falkner mit einen Hinweis auf die Historische Kommission der Linken,[5] und die vom Parteivorstand im Februar 2018 einberufenen Konferenz zum Thema Epochenbruch 1914–1923. Krieg, Frieden, soziale Revolution[6]. Auf Seite 20 dieser Ausgabe schließt daran ein Lektürebericht zu Richard Müller, Geschichte der Räterevolution, von PB-Leser Andreas Adrians an.

Wer zu dieser Diskussion in den nächsten Ausgaben etwas beisteuern will, melde sich bitte bei der Redaktion, am besten gleich beim zuständigen Redakteur. Vielleicht kommt im Lauf des Jahres so viel Stoff zusammen, dass wir bei der nächsten Jahresversammlung des Vereins im April 2019 das eine oder andere Ergebnis festhalten oder wenigstens das Problem einkreisen könne.

Bei www.linkekritik.de werden diesbezügliche Beiträge unter dem Schlagwort „Epochenbruch 1914–23“ erfasst.[8]

Martin Fochler, München,
fochlermuenchengmail.com

Dr. Thomas Falkner, Versagen in Verantwortung. Fragen an und Thesen zur Geschichte – 100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg.[7] (Textauszüge)

Die historische Kommission der heutigen Linken[5] geht auf den Gründungsprozess der PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) zurück. Zugespitzt ginge es um den Stalinismus, zukunftweisend um die Verpflichtung sozialistischer politischer Strategie auf Menschenrechte und demokratische Regeln. Von ähnlicher Bedeutung wie jener Klärungsprozess, der in seiner tief ins persönliche greifenden Härte vor allem jene traf, die selbst an der Ausübung politischer Macht beteiligt waren, ist der jetzt einsetzende. Thomas Falkner entwickelt das interessante Kriterium: „Versagen in der Verantwortung“. Im Folgenden werden kurze Auszüge dokumentiert.

„... **europäische Perspektive** *(Hervorhebung PB)* beim Gedenken an das Ende des Ersten Weltkriegs ... Einfach ist das für uns Deutsche freilich nicht.

Wir können nicht einfach die Sicht einzelner unserer Nachbarn übernehmen: Natürlich ist der Erste Weltkrieg für Frankreich oder Großbritannien bis heute der „Große Krieg“ – sie hatten dort auch höhere Opferzahlen als im Zweiten Weltkrieg zu verzeichnen. Würden wir das zu unserer Sicht machen, würden wir – zu recht – den Eindruck erwecken, wir wollten Zweiten Weltkrieg und Holocaust dahinter verstecken und geschichtspolitischer Verantwortung ausweichen. Dass das nicht geht, macht schon ein Blick nach Osten deutlich: Für Russland, für viele Staaten der früheren Sowjetunion war der Zweite Weltkrieg der „Große Vaterländische Krieg“. Für die Staaten des

[1] http://www.linkekritik.de/fileadmin/pb1712/pb17-12-i.pdf#page=20 **[2]** http://www.linkekritik.de/fileadmin/pb1802/pb18-02-i.pdf#page=20 **[3]** http://www.linkekritik.de/uploads/media/20180215_ArGe_RS_20.pdf **[4]** ebd. S.1, Protokoll **[5]** https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/historische-kommission/ **[6]** https://www.die-linke.de/fileadmin/download/kommissionen/historische_kommission/epochenbruch/2018-02-24_flyer_konferenz_epochenbruch_neu.pdf **[7]** https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/historische-kommission/konferenz-epochenbruch-1914-1923/news-default-detailseite/news/1918-2018-nachdenken-ueber-ein-europaeisches-jubilaeum/ **[8]** Direkt-Link: http://www.linkekritik.de/index.php?id=1015

Baltikums hingegen bedeutete dies den Verlust der Eigenständigkeit infolge des Hitler-Stalin-Paktes, während für unsere polnischen Nachbarn der Ausgang des Ersten Weltkrieges die Wiedererlangung der Staatlichkeit bedeutete – die Freiheit von nationaler Unterdrückung durch Deutschland, die Hitler wiederum kaum zwanzig Jahre später wiederherstellen wollte.

Auf nichts also kann man sich von Deutschland aus einseitig beziehen, ohne dann nicht an anderer Stelle alte Wunden aufzureißen und neue Besorgnis zu wecken. Und das gilt in gewisser Weise auch innenpolitisch.

Ich bin mir all dessen bewusst – und dennoch sehe ich eine ganz Reihe von Fragen, die, denke ich, auch aus politischer Sicht heute präziser gestellt und facettenreicher beantwortet werden müssen."

Nach Hinweisen auf zunehmende Spannungen und abnehmende Dialogfähigkeit im internationalen Geschehen sieht Falkner „eine verstörende Parallelität" zur Zeit des Großen Krieges:

„Und gerade angesichts dessen bewegen einen eine ganze Menge von Frage, wenn man im politischen Raum tätig ist. Blicken wir auf die Geschichte: Was hat sich denn damals vollzogen in den Kanzleien, Amtsstuben und Kaminzimmern der damaligen Eliten? Was haben Menschen denn gemacht und gedacht, wie konnten ihre Abwägungen so in die Irre gehen? Abwägungen, die wir nicht teilen müssen, die die Entscheider damals doch aber staatsmännisch wie privat für verantwortungsbewusst gehalten haben? Wie konnten aus solchen Abwägungen so gravierende Fehlentscheidungen entstehen – und wie konnte es sein, dass offenkundige Fehlentscheidungen von solchem Ausmaß nicht einmal mehr korrigiert wurden? Gab es also eine eigene Rationalität, die diesen Entwicklungen zugrunde lag, und von der sich die handelnden Akteure nicht befreien konnten?

Also: Versagen in Verantwortung, seine Ursachen, seine Folgen – das ist ein großes Thema beim Rückblick auf den Ersten Weltkrieg und die Nachkriegszeit. Aber, wie sich zeigt, es ist auch ein sehr aktuelles Thema: Wenn sich Umstände und Muster wiederholen, unter denen die Welt in ihre "Urkatastrophe" schlitterte, was bedeutet das dann für Linke heute? Was tun wir? Wo intervenieren wir? Wie? Womit? An wessen Seite?"

Die Sozialdemokratie. Auch hier scheint eigentlich alles klar. 1914 fällt die Sozialdemokratie spontan vom Glauben an die proletarische Internationale ab und stimmt ein in das nationalistische Kriegsgeheul – wovon sie sich eigentlich bis heute nicht frei gemacht hat. Es sei denn, man blickt auf ihre Abspaltungen – die USPD, die Spartakisten, die KPD ... Was in dieser Geschichtssicht der Gewissheiten stets etwa untergeht: Diese Abspaltungen, die eigentlich mehr oder weniger die Dinge „richtig" gemacht haben, waren stets kleiner als die sozialdemokratische Stammpartei. Natürlich: An diesem Versagen in Verantwortung, von dem hier die Rede ist, war sie seither maßgeblich beteiligt – und doch besteht diese Sozialdemokratie über Jahrzehnte als starke, manchmal stärkste Partei weiter. Unterschätzen wir vielleicht die lang anhaltende Wirksamkeit einer bestimmten politischen Rationalität, die sich bewährt, die nachvollziehbar ist, die aber auch politische Ungeheuer gebiert?

Was war denn los in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und in der sozialdemokratischen Partei im November 1914, als man den Kriegskrediten zustimmte – mit der Stimme Karl Liebknechts damals noch?!"

Falkner vermutet, dass angesichts der Generalmobilmachung des zaristischen Russlands die friedenspolitischen Strategie der Internationale – Blockade von Mobilisierung und Kriegführung durch Generalstreik – die Streikbereitschaft versagt blieb. Eine These die anhand zeitgenössischer Dokumente zu prüfen wäre. Falkner fährt fort:

„Wie auch immer: das eindimensionale, aus einer in große Klassen gespaltenen Gesellschaft erwachsene Kalkül hatte sich als nicht belastbar erwiesen. Es war eben nicht so einfach: die da oben, wir da unten, und wenn die da oben sich in die Haare kriegen, dann ist das genau der richtige Zeitpunkt für uns, sie allesamt einfach davon zu jagen. Plötzlich, in der Realität, erwies sich der Konflikt der da oben auch als ein Konflikt, in dem die da unten viel zu verlieren hatten. Und das wiederum hatte das Potenzial, alle politischen und ideologischen Gewissheiten aus der Zeit davor außer Kraft zu setzen. War das ein Teil jener schwierigen, aber nachhaltigen Rationalität, nach der oben gefragt wurde?

Und was bedeutet das für linke Friedenspolitik heute? Eben nicht nur die Treue zu den eigenen Beschlüssen, zu vordergründig klaren, angesichts komplexer Realitäten jedoch zu eindimensionalen Strategien. Strategien entwickeln – das heißt eben auch, Optionen zu entwickeln und Abwägungen vorzunehmen. Wer es sich dabei im Vorfeld von Entscheidungen zu einfach macht, läuft eben auch Gefahr, bei der Entscheidung, wenn es ernst wird, in die Irre zu laufen. Wer das vermeiden will, muss eben auch weitere Lehren von 1914 wach halten: Nicht mit groben Feindbildern hantieren, die „den Feind" auf einen Feind reduzieren und diesen dann auch noch veräußerlichen. Die Lehre, dass der Kampf für sozialen Fortschritt in einem Land auch immer verbunden werden muss mit dem Kampf für eine sozial gerechte, auf friedliche Regelungsmechanismen, auf Konfliktprävention ausgerichtete internationale Ordnung."

(Auszüge, Orignal 13 S. A4, Wir danken für die Genehmigung zur Verwendung.)

Lektürebericht: Richard Müller, Eine Geschichte der Novemberrevolution

Richard Müller, Eine Geschichte der Novemberrevolution, Berlin 2011, 788 Seiten, 24 Euro

Andreas Adrians, Hamburg

Ende Oktober 1918 beginnen Matrosen und Heizer der deutschen Kriegsflotte gegen die Marineleitung zu meutern und organisieren sich in Räten. Kieler Werftarbeiter streiken und bilden ebenfalls Räte. Im Verlauf weniger Tage dehnt sich diese Bewegung im gesamten Deutschen Reich aus.

Als dann am 9. November die Berliner Arbeiter nach der Frühstückspause die Fabriken verlassen, sich gewaltige Demonstrationszüge formieren und Hundertausende in die Berliner Innenstadt ziehen, ist das Kaiserreich am Ende. Reichskanzler Prinz von Baden übergibt am Mittag sein Amt dem Sozialdemokraten Ebert.

Einer der Initiatoren des Generalstreiks der Arbeiter Berlins am 9. November war R. Müller. 1924/25 veröffentlichte er das hier besprochene Buch. Es war viele Jahre vergriffen und wurde 2011 von dem Berliner Verlag „Die Buchmacherei" neu herausgebracht. Es ist eine ungemein spannende und lehrreiche Darstellung der Revolution als Geschichte sozialer Kämpfe. Zahlreiche Zeitdokumente, die Müller seinem Bericht hinzufügte, unterstützen seine Erzählung.

Müller war Branchenleiter der Berliner Dreher im „Deutschen Metallarbeiterverband". Dreher waren wichtige Facharbeiter in der Metallindustrie, wie überhaupt die gut ausgebildeten Facharbeiter das Rückgrat der Revolution waren. Müller war Mitbegründer der „Revolutionären Obleute", die in den Fabriken ein illegales

Widerstandsnetzwerk gegen Ausbeutung und Krieg organisierten. Etwa 80-100 Obleute vertraten Tausende Arbeiter.

Während des Krieges organisierten die Obleute drei große Streiks, in denen die Berliner Arbeiter wirtschaftliche und politische Forderungen erhoben. Davon überrascht, standen die Führer der Gewerkschaften und der SPD ratlos vor dieser unerhörten Tatsache und begriffen sie nicht. Sie begaben sich nicht auf die Suche nach den Ursachen, sondern den Urhebern der Streiks und halfen dabei, deren Initiatoren den Militärbehörden ans Messer zu liefern.

Die Revolutionären Obleute waren auch maßgeblich beteiligt an der Vorbereitung des Generalstreiks der Berliner Arbeiter am 9. November.

Der 9. November in Berlin

Dem Aufstand in Berlin stand die Bourgeoisie zunächst machtlos gegenüber. Zwar verlegte die Regierung zusammen mit der Obersten Heeresleitung (OHL) noch am Abend des 8. November Truppen nach Berlin, die als absolut zuverlässig galten. Die Soldaten aber weigerten sich Dienst zu tun, wählten Räte und verbrüderten sich mit den Berliner Arbeiter. Die Regierung verfügte über keine bewaffnete Macht mehr, da auch die Polizei passiv blieb.

Im Verlauf des Vormittags wurden Gefängnisse gestürmt und Gefangene freigelassen. Das Polizeipräsidium, armiert wie eine Festung wurde den Aufständischen kampflos übergeben, Reichstag und Regierungsgebäude besetzt. Am Nachmittag glich das Zentrum Berlins einem gewaltigen Heerlager. Am Abend des 9. November hatte das Deutsche Reich keinen Kaiser mehr. Ebert war Reichskanzler.

Wenige Stunden hatten genügt, eine Macht zu stürzen, deren Herrschaft über alle Zeiten hinaus gesichert schien. Die siegreichen Arbeiter und Soldaten beklagten 15 Tote. Die Opfer der Gegenseite waren geringer.

Der Aufstand hatte keine zentrale Leitung. Seine elementare Wucht verdankte er der Initiative, dem Handeln Hunderttausender Arbeiter und Soldaten. Die Vorbereitung durch die Revolutionären Obleute war sicherlich ein wichtiger Faktor, am Ende handelten viele Menschen entschlossen, mutig und spürten ihre Macht.

Räterepublik oder Nationalversammlung

Richard Müller schildert dann minutiös die Entwicklung der Ereignisse in Berlin vom Abend des 9.11.1918 bis zur Wahl der Nationalversammlung am 19.1.1919. Er berichtet auch über die Vorgänge in anderen Teilen des Deutschen Reiches.

Am Abend des 9. November begann die Auseinandersetzung darüber, was angesichts des geglückten Umsturzes zu tun sei. Die Hauptakteure waren der am 10. November auf einer Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte gewählte „Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte von Groß-Berlin“, deren Vorsitzender R. Müller wurde und der sechsköpfige „Rat der Volksbeauftragten“, die provisorische Regierung mit Ebert und Scheidemann an der Spitze.

Es war ein erbitterter Kampf zwischen den Kräften, die diese Revolution nicht gewollt hatten, nun buchstäblich alles unternahmen, um wieder Ruhe und Ordnung herzustellen und die jetzt in der „Stunde der Gefahr die Rettung des Vaterlandes“ in der Wahl der Nationalversammlung sahen. Der Vollzugsrat dagegen führte einen verzweifelten Kampf um die Fortführung der Revolution.

Der Vollzugsrat hatte sein Mandat von den Arbeiter- und Soldatenräten erhalten. Er war eine Körperschaft Kraft revolutionären Rechts. „Er hatte alle Rechte und er hatte keine Rechte“, schrieb Müller. Wille und Tatkraft der Arbeiter- und Soldatenräte bestimmten den Umfang seiner Rechte und Macht. Diese reichten, wie sich dann zeigte, nicht aus, um erfolgreich zu sein. Während sich der Vollzugsrat unsicher auf unbekanntem Terrain bewegte, handelten die Volksbeauftragten. Sie organisierten die Regierung mit den kaiserlichen Staatssekretären und weiteren bürgerlichen Kräften. Sie übergaben die Wirtschaft einem Vertrauensmann der Schwerindustrie. Sie gaben den Offizieren die Befehlsgewalt zurück und paktierten im Hintergrund mit der Obersten Heeresleitung, die am 13. November ihren Sitz von Spa in Belgien nach Kassel verlegte.

Als vom 16.–21.Dezember in Berlin der 1. Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte zusammentrat, hatte sich die SPD an die Spitze der Bewegung setzen können. Von 490 stimmberechtigten Delegierten waren 298 Mitglieder der SPD, 101 der USPD. Bei wichtigen Abstimmungen wurde deutlich, dass sich nur rund 100 Delegierte zum Rätesystem bekannten. Der Kongress entschied sich klar für die Wahl der Nationalversammlung am 19.1.1919 und übertrug die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten. Zwei Beschlüsse, mit der „Sozialisierung der dafür reifen Industrien“ zu beginnen und das Heer zu demokratisieren, blieben wirkungslos.

R. Müller schreibt, dass der Organisationsapparat der SPD, ergänzt von dem der Gewerkschaften, und die weitverbreitete Parteipresse der SPD den Weg für die Nationalversammlung freimachte. Über Jahrzehnte war die sozialdemokratisch geführte Arbeiterbewegung am Ziel der demokratischen Republik und des allgemeinen und gleichen Wahlrechts orientiert gewesen. Gepflogenheiten des Parlamentarismus machten sich auch in den Apparaten von SPD und Gewerkschaft breit. Eine Monopolisierung der Macht in den Räten konnte aus dieser Sicht wie eine Usurpation erscheinen.

Nun bildeten sich aber innerhalb von Tagen Hunderte, wenn nicht Tausende Arbeiter- und Soldatenräte im Deutschen Reich! Die Fabrik, die Kaserne waren Orte, wo große Massen unter dem gleichen Druck standen. Ungeachtet politischer oder religiöser Überzeugung konnten sich Arbeiter und Soldaten organisieren. Sie wählten Vertreter, standen in engster Beziehung zu diesen und kontrollierten sie. Die Räte wurden nicht auf Zeit, sondern auf jederzeitigen Abruf gewählt. Die Menschen waren nicht mehr „abstrakte Staatsbürger“, wie Karl Marx das in einer seiner frühen Schriften bezeichnete, die hin und wieder ihren staatsbürgerlichen Verpflichtungen nachkamen. Jetzt handelten sie in einem geschichtlichen Moment und erkannten ihre individuelle Kraft als gesellschaftliche Kraft. Ohne diesen Schritt sind revolutionäre Erhebungen gar nicht denkbar und deshalb bildeten sich auch bei anderen Gelegenheiten Räte oder vergleichbare Kampforganisationen. Die Geschichte zeigt, dass die herrschenden Klassen Gewerkschaften oder politische Parteiorganisationen der Arbeiter unterdrücken konnten. Organisationsgebilde der Arbeiter in den Großbetrieben konnten nicht unterdrückt werden. In der Revolution 1918/19 waren diese aber nicht stark genug, mit der Konterrevolution fertig zu werden.

Müller schreibt weiter, dass „die Bewegung vom 9. November ohne Stillstand weitergetrieben“ werden musste. Es bleibt offen, ob entschlosseneres Handeln, in dem sehr kurzen Zeitraum als Throne stürzten und die Bourgeoisie mit dem Rücken zur Wand stand und mit dem Schlimmsten rechnete, ausgereicht hätte, sie sich endgültig vom Hals zu schaffen.

Die Konterrevolution siegt

Unmittelbar nach dem Rätekongress ging die SPD am 24. Dezember zur offenen Gewalt über. Darüber berichtet Müller im letzten Teil seines Buches. Bis zum 2. Mai, dem Ende der Münchener Räterepublik zogen sich die Kämpfe von regulären Truppen und den Freikorps unter Führung des Oberbefehlshaber Noske, dem „Bluthund“, gegen streikende Arbeiter und die Räte hin. Am Ende siegte die SPD über die Revolution. Es war ein Pyrrhussieg. Das zeigte sich spätestens am 30. Januar 1933. Die SPD hatte ihre Schuldigkeit getan, die Faschisten übernahmen die Macht und die Bourgeoisie triumphierte.

2 3 . J U N I
1 8 9 4
B E L G I E N

Fundamente für ein System sozialer Sicherheit werden gelegt

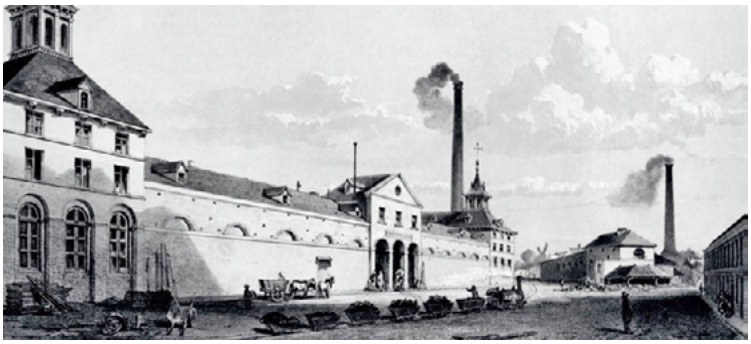
Jan Voets, Brüssel

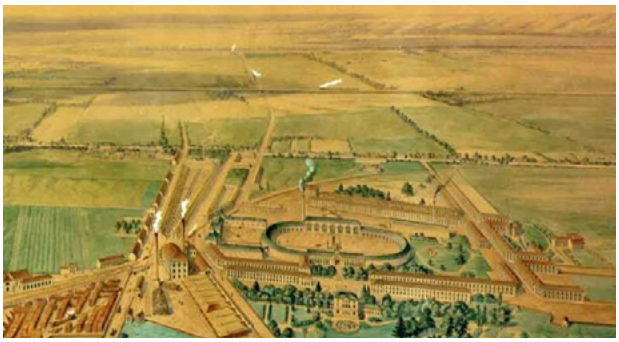
Im Jahr, in welchem sich in Belgien zum ersten Mal alle Männer über 25 Jahren an den Parlamentswahlen beteiligten durften, wurde am 23. Juni 1894 das Gesetz über Einrichtung von „Mutualiteiten" (Krankenkassen) als Ergebnis lang anhaltender Auseinandersetzungen verabschiedet. Das erste Mal wurde den von Arbeitern geschaffenen Institutionen eine gesetzlich abgesicherte Rechtspersönlichkeit verliehen und ihnen damit ermöglicht, diese Organisationen ohne Einmischung von außen weiter zu verwalten. Das Gesetz veränderte die politische Landschaft und ermöglichte in der Folge soziale Fortschritte. Die Verwaltungsräte wurden von den Mitgliedern gewählt, und wenn die Krankenkassen bestimmte Bedingungen erfüllten, erhielten sie auch staatliche Zuschüsse. Als Folge erhöhte sich die Zahl der Mitglieder dauerhaft. Die Krankenkassen, in Kooperation mit den Gewerkschaften und den ihnen nahestehenden politischen Parteien, erlangten ein stärkeres politisches Gewicht in den gesellschaftlichen Debatten bezüglich der Ausgestaltung der Sozialsysteme und auch die Möglichkeit, Gesetzesvorschläge zu unterbreiten oder zu beeinflussen. Sie wurden Teil der sogenannten „Versäulung" des belgischen Systems der sozialen Sicherheit, in dem die sozialistische, christliche bzw. liberale Säule jeweils ihre eigene Krankenkasse, Gewerkschaft, politische Partei und soziokulturelle Bewegung hat(te).

Die Vorgeschichte – 1830: Gründung des Staates Belgien

Technisch fortschrittlicher Berg- und Maschinenbau (Wallonien) und ein durch das Zunftwesen geprägtes traditionelles Handwerk (Flandern) liegen dem 1830 gegründeten Staat Belgien zu Grunde. Die Zünfte, lokal nach Berufsgruppen organisiert, beeeinflussten stark die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in Europa. Der positive Effekt auf die Qualität der Produkte auf Grund der strengen Kontrolle der Zünfte ist unbestritten. Sie sorgten auch für eine anspruchsvolle und umfängliche Berufsausbildung. Besitztümer der Zünfte und auf jeden Fall deren Erlöse dienten als Fonds, aus dem die Mitglieder der jeweiligen Zunft und ihre Familienangehörigen im Falle eines Arbeitsunfalls, einer Krankheit oder eines Todes unterstützt werden konnten. Mit den Zünften verschwanden auch diese sozialen Sicherungen.

Für die sich in immer mehr Sektoren der wirtschaftlichen Tätigkeit durchsetzende neue Industrie waren Zünfte konservative Institutionen und Bremsklötze für die wirtschaftliche Entwicklung. In Zunftstrukturen hätten innovative Ideen kaum eine Chance gehabt, hätten sich die Modernisierung der Produktionsmethoden verzögert. In Teilen Westeuropas (unter anderem in Wallonien) führte die Abschaffung des Zunftwesens in der Zeit der französischen Vorherrschaft zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu einer raschen Industrialisierung und wirtschaftlichen Entwicklung. Schließlich wurden die Zünfte im neuen Königreich der Niederlande 1818 endgültig abgeschafft. Handwerker und Arbeiter waren somit auf sich selbst gestellt, Gewerkschaften galten als getarnte Zünfte und waren noch bis Anfang des 20. Jahrhunderts verboten.





Sozialgeschichte in Museum, Film, Kunst

Rolf Gehring, Brüssel

Der Industriekomplex „Le Grande-Hornu"

Nicht nur elende Arbeitsbedingungen in der Frühphase der Industrialisierung zeichneten das Leben der Menschen auch die allgemeinen Lebensumstände und die Wohnbedingungen waren für Millionen miserabel. Wohl das erste philantrophische Konzept eines Industriellen, in dem Leben und Arbeiten menschlich ausgestaltet werden sollten, fand in Hornu, in der heutigen Wallonie nahe der französischen Grenze nahe Mons statt. Henri Degorge, ein Farmerssohn aus Nordfrankreich, nutzte innovativ die entstehenden technischen Möglichkeiten seiner Zeit und entwickelte die Technik im Kohlebergabu weiter. Er übernahm 1810 die Zeche von Hornu. In der Folge wurden neue erzreiche Flöze entdeckt, allein, die benötigte Arbeitskraft war in der dünn besiedelten Region schwer zu mobilisieren. Es entstand das Konzept einer sozial orientierten Stadt, in der Wohnen und Arbeit eng beieinander liegen und sozialen Fortschritt bringen.

Der Komplex wurde zwischen 1820 und 1830 nach Plänen Bruno Renards erbaut.

Le Grand Hornu ist ein Muster funktionaler urbaner Planung. Im Zentrum steht ein ovaler Kmplex der Industrieanlage. Ihn umgeben die Arbeiterquartiere (425 Wohnhäuser in einer Gartenstadt), Büros, Läden, Heuschuppen, Stallgebäude, Werkstätten, eine Zuckerfabrik und Speicher gehörten zu dem Emsemble, früh wurde eine Schule eingerichtet.

Die Architektur der aus Backstein erbauten Anlage ist durch neoklassizistische Elemente geprägt. Die Arbeiterwohnungen hatten einen Wohnraum von 23 Quadratmetern und eine Küche von 9 Quadratmetern. Die Häuser waren mit Abflüssen ausgestattet, eine Dampfmaschine lieferte Warmwasser. Jedem Haus war ein kliener Garten zugeordnet und jedes vierte Haus konnte eine Kneipe einrichten.

Nachdem in den 1950er Jahren die Zechen der Borinage stillgelegt waren, verfiel der Komplex. Heute ist Grand-Hornu im Privatbesitz. Grand Hornu wurde 2012 Weltkulturerbe der Unesco und beherbergt ein Museum.

Dies ebnete der ersten industriellen Revolution den Weg und war einer der Hauptgründe für die Entstehung der sozialen Frage im 19. Jahrhundert. Die Revolutionierung der Industrie bedeutete auch eine neue Produktionsorganisation. Die Arbeit wird als Lohnarbeit ausgeführt und die Arbeiter verloren ihre Unabhängigkeit und ihren Einfluss auf die Arbeitsorganisation. Die Arbeit in den Fabriken erforderte in weiten Teilen wenig Wissen und Fähigkeiten, so dass die Arbeiter austauschbar wurden. Männer wurden unbehelligt von Vorschriften zunehmend durch Frauen und Kinder ersetzt. Die Arbeit war wesentlich elendig, schmutzig und ungesund, die Lebenserwartung zurückging. Die Arbeiter lebten in überfüllten Elendsvierteln, ohne sanitäre Einrichtungen, unterernährt und mit zunehmendem Alkoholmissbrauch.

Vom Verbot zur gesetzlichen Anerkennung – von Vorsorgefonds zur gesetzlichen Einrichtung der Krankenkassen

Die belgischen Industriezentren waren Gent, Verviers, Lüttich, Mons und Charleroi. Um ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern, traten die Arbeiter Vorsorgefonds bei und sie organisierten sich in sozialistisch, anarchistisch oder konfessionell ausgerichteten Gewerkschaften und politischen Parteien. So wurden verschiedene Hilfs- und Wohlfahrtsfonds vor Ort und nach Sektoren eingerichtet, die in der Regel durch Beiträge der Mitglieder und in einigen Sektoren auch durch die Arbeitgeber (Bergbau und Seeschifffahrt) finanziert wurden. Ein Gesetz vom 3.4.1851 erkannte diese Vorsorgefonds rechtlich an.

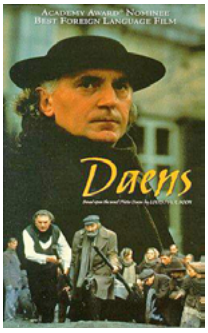
In den 1880er Jahren wurden dann erste Schritte zur Gründung von Gewerkschaften wie des „brüderlichen Verbandes der Weber“ und des „Verbandes der bedürftigen Brüder“ unternommen. Artikel 310 des Strafgesetzbuches machte gewerkschaftliches Handeln unmöglich. Das damals geltende Zensuswahlrecht schloss die Arbeiter aus dem parlamentarischen Feld der Politik aus. In der Zeit schwerer Auseinandersetzungen in den 1870er Jahren und der Angst vor der Verbreitung des Sozialismus und des Marxismus, setzte sich Priester Daens für die sozialen Interessen der Arbeiter ein, wobei er sich auf die Enzyklika „Rerum Novarum“ stützte. Er gründete unter anderem die „Christliche Volkspartei“ und war an der Ausarbeitung des Gesetzes über die Regelung der Kinder- und Frauenarbeit (1889), der Durchsetzung des mehrfachen allgemeinen Wahlrechts (1893), des ersten Gesetzes über die Krankenkassen (1894), des Gesetzes über den Lohnschutz (1896), des Gesetzes über Arbeitsunfälle (1903) sowie des Gesetzes über die Sonntagsruhe (1905) beteiligt.

Stabilisierung des Sozialversicherungssystem nach 1944

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde am 28.12.1944 ein weiteres Gesetz verabschiedet, das die Grundlage für das gegenwärtiges Sozialversicherungssystem bildet und das 1894 errichtete System der Selbstverwaltung bestätigte. Zwischen 1944 und 1948 fanden acht nationale Arbeitskonferenzen statt, in denen die Strukturen des belgischen Wohlfahrtsstaates konkretisiert wurden. Dies führte zur Gründung verschiedener Beratungsgremien, darunter des Nationalen Arbeitsrates und des Zentralen Wirtschaftsrates. Diese Gremien, die Gewerkschaften und Arbeitgeber zusammenbringen, spielten eine wichtige Rolle bei der weiteren Ausgestaltung der Systeme der sozialen Sicherheit.

Nach wie vor sind die „Mutualiteiten“ selbstverwaltet und werden durch Arbeitgeberbeiträge, Beschäftigtenbeiträge und staatliche Anteile finanziert. Politische Vorhaben der Regierung müssen mit ihnen erörtert werden. Der Umkreis der Versicherten ist mittlerweile auch auf Selbständige ausgedehnt worden.

Aus dem Flämischen.
Bearbeitung: Rolf Gehring, Brüssel



Film: Daens – Priester der Entrechteten

Der Film beschreibt die Geschichte des belgischen „Arbeiter-Priesters“ Adolf Daens, der sich am Ende des vorigen Jahrhunderts gegen die soziale Not und die Zustände in den Fabriken stellt. Im Jahr 1890 arbeitet die Bevölkerung von Aalst in Trümmern in den Textilfabriken für die Profite der reichen Fabrikdirektoren. Männer werden entlassen, weil Frauen billiger arbeiten. Kinder arbeiten Tag und Nacht und werden so müde, dass sie einschlafen und unter den Maschinen zerquetscht werden. Das ist die Situation, die Adolf Daens nach einem Konflikt mit Bischof Stillemans bei seiner Rückkehr in seine Heimatstadt Aalst erlebt. Der Fabrikdirektor Borremans entlässt die Hälfte seiner Arbeiter, was von dem Vorsitzenden der Katholischen Partei, unterstützt wird.

Daens lehnt die Missbräuche ab. Zuerst von der Kanzel, später auch in der Volksvertretung, in der er nach einem erbitterten Kampf gewählt wird. Daens beschwert sich in einem Artikel in „Het Land Van Aelst“ über die Missbräuche in den Fabriken. Da Daens die Seite der Armen wählt, gerät er in Konflikt mit den reichen Fabrikdirektoren und der katholischen Kirche. Die Kirche sieht mit Bestürzung, wie Daens zum Symbol des gnadenlosen Freiheitskampfes wird, den die Arbeiter führen. Als der Papst ihm schließlich politische Zurückhaltung auferlegt, zieht er die Soutane aus. Der Film ist ein handwerklich perfekt inszeniertes Sozialdrama, das trotz eines eindeutigen Engagements für die Unterdrückten alle Charaktere differenziert zeichnet.

Belgische Künstler der Industrialisierung

Die sozialen Umwälzungen und Verwerfungen der Industrialisierung, vor allem aber ihre sozialen Effekte wurden früh von Malern und Bildhauern im heutigen Belgien aufgenommen, wälzten auch ihre Sicht und Aufmerksamkeit um. In Belgien ist namentlich **Constantin Meunier** ein Vertreter dieser Entwicklung. Als Maler begann er die Umbrüche in der Welt der Arbeit zu verarbeiten, schwenkte dann stärker auf die Arbeit mit Skulpturen um, die ihm als besseres Stilmittel für einen Realismus des Sozialen erschien. Seine Skulpturen verströmen neben dem Realismus aber auch einen Idealisierung der Arbeit/Arbeitenden aus. Nicht umsonst gilt er als Wegbereiter des sozialistischen Realismus in der Kunst. Anders beispielsweise der Maler **Anto Carte.** Seine Pieta (dieses und andere Werke zu betrachten bei www.artnet.com) erinnert an das Leiden Christi, die symbolische Dimension ist eine andere Form der Glorifizierung der Arbeitenden. Die christliche Überformung des Sozialen und der Zwischenmenschlichkeit, die weite Teile der Arbeiterbewegung, nicht nur der direkt christlich organisierten, und ihren Solidaritätsbegriff prägt, findet sich hier wieder.

Quellen: Yves Robert – The Grand-Hornu Industrial complexe; Edition Scala, Paris 2002. Abb.: Bilderstrecke bei www.cid-grand-hornu.be/fr/Grand-Hornu/L_histoire/8/. , Filmplakat, mehr bei http://www.imdb.com/title/tt0104046/. Werke von Meunier bei https://www.fine-arts-museum.be/nl/de-collectie/constantin-meunier-de-steenbreker?artist=meunier-constantin-1, von Anto Carte bei www.artnet.com

Inhalt

Aktuelles 2
Puigdemont: Kein Rebell • Streik bei den französischen Eisenbahnen • Die irische Insel unter Hochspannung

Einmischung gegen die deutsche Türkeipolitik tut Not 4
Ensemble für Afrin • Öcalan auf Imrali • Jusos an Außenminister Heiko Maas

Eine zersplitterte politische Landschaft: Kommunalwahlen in den Niederlanden 5

Aktionen – Initiativen 8
Thema Frieden! • Ostermärsche 2018 • Aufruf zu internationalen Aktionen gegen den Nato-Gipfel • Gregor Gysi: Eskalation im Verhältnis zu Russland stoppen

ELS-Insolvenz 10

Kommunale Politik 12
Schulbau muss öffentliche Aufgabe bleiben! Köln. • Linksfraktion widerspricht Bäder-Chef. Bochum. • Bäderübertragung an Stadtwerke: Münster. • Stadtwerke Bonn: Goldener Handschlag • Konzern steuert kommunale Eigner statt umgekehrt: Essen. • Änderungen bei den städtischen Beteiligungen: Duisburg. • „Wohnen für Alle" vollständig umsetzen! München. • Gute Arbeit bei der Stadt und den stadtnahen Unternehmen: Mainz. • Spar- und Privatisierungswahn beenden: Mainz. • Drastische Mieterhöhungen: Offenbach. • Biomüll: Bremen. • Nur geringer Ökostrom-Anteil: Norderstedt. • Angleichung der Bezahlung: Hildesheim. • VKU-Umfrage Ländlicher Raum: Berlin.

Schluss mit Hartz IV? – Das „Solidarische Grundeinkommen" wäre ein Anfang 14
Alexander Fischer, Linke und Staatssekretär für Arbeit und Soziales in Berlin • Gelsenkirchener Appell • DGB begrüßt Müllers Vorstoß • Paritätischer begrüßt die Initiative von Bundesarbeitsminister Heil

Blick in die Presse 15

Der AfD-Antrag zur Einführung umfassender Grenzkontrollen stößt auf Widerstand 16
Die Union zum AfD-Antrag „Sicherung der deutschen Grenzen" • Schengener Grenzkodex

Rechte Provokationen – Demokratische Antworten 17

Soziale Grenzen der EU-Bürgerschaft 18

Dr. Thomas Falkner, Versagen in Verantwortung. Fragen an und Thesen zur Geschichte – 100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg 19

Lektürebericht: Richard Müller, Eine Geschichte der Novemberrevolution 20

Kalenderblatt, 1894 Belgien: Fundamente für ein System sozialer Sicherheit werden gelegt 22

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 11. Mai 2018. Redaktionsschluss: Freitag, 5. Mai. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.
Die weiteren Erscheinungstermine 2018: 11. Mai, 7. Juni, 12. Juli, 23. Aug., 11. Okt, 8. Nov., 6. Dez.

www.linkekritik.de – Aus dem Bericht an die Jahreshauptversammlung des Vereins (24.3.2018, Mannheim)

In den letzten Jahrzehnten ist es normal geworden, dass Bürgerinnen und Bürger mit publizistischen Mitteln im Bildungsprozess der öffentlichen Meinung eigenverantwortlich auftreten. Es entstehen Texte, in denen Kritik, Appell, Analyse nebeneinander herlaufen, die verbessert werden und, wenn es gut geht, zu tragfähigen Argumenten führt. Unter solchen Umständen kann politisches Engagement, sei es in zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen, sei es in Institutionen sich nicht mehr im Vertrieb fertiger Argumente erschöpfen. So sind in den letzten Jahrzehnten viele Arbeitszusammenhänge – ad hoc oder auch dauerhafter – entstanden, die sich der Entwicklung von Argumenten widmen. Für die Darstellung von Arbeitsergebnissen ist die periodisch erscheinende Drucksache das Mittel der Wahl. Sie begünstigt das vertiefte Lesen. Für die fortgesetzte Arbeit am Text und damit am Argument wiederum ist der Einsatz von neuen Informationstechnologien ein beeindruckendes Hilfsmittel.
www.linkekritik.de bietet die Möglichkeit, Argumentationen zu überprüfen und gezielt zu verbessern. Dazu wird folgendes Verfahren verwendet.
– **Publikationen** werden im PDF-Format gesammelt und können nach Worten / Begriffen **durchsucht werden.**
– **Beiträge** in diesen Publikationen werden registriert.
– Dabei werden Stichworte (**Kategorien**) vergeben, unter denen die Beiträge gefunden werden können.

Damit wird in erster Linie die Planung von Publikationen oder Engagements in der Bildungsarbeit erleichtert. Es zeichnet sich aber auch einen Nutzen für die Erstellung von Beiträgen ab und für die vertiefte Nachschau von Seiten der Leserschaft ab.

Das Kategoriensystem: Nach einigem Tasten haben schien es uns am einfachsten, das nebenstehend abgebildete Register anzulegen. Damit haben wir uns an Verfahren angelehnt, die für die Edition umfangreicher wissenschaftlicher Werke entwickelt wurden. In diesem Sinne ist www.linkekritik.de gesammeltes Werk, das einstweilen noch fortgeschrieben wird und in den Debatten der Zeit das eine oder andere tragfähige Argument beisteuern kann.

Kampagnen. Unter den Sachstichworten „Epochenbruch-1914-23" bzw. „Brexit" prüfen wir derzeit, ob so die Darstellung von Diskussionszusammenhängen erleichtert wird. Siehe **www.linkekritik.de/index.php?id=1015.**
Die Arbeit an dieser Plattform kann nicht einfach im Rahmen der Redaktionsarbeit für die Politischen Berichte miterledigt werden. Spezifische technische und inhaltliche Fragen greifen stark ineinander. Hinweise auf inhaltliche oder technische Konstruktionsmängel bitten wir deswegen direkt an **it@linkekritik.de** zu richten.

RELIGIONSFREIHEIT UND LINKE POLITIK

THEMENHEFT aus der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung der Partei DIE LINKE. In Zusammenarbeit mit dem Verein für Politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation. März 2018. Dokumentiert bei: www.linkekritik.de.

Inhalt

Ein frommer Wunsch: Die religionslose Gesellschaft 1
Die Religion in der Gesellschaft 2
Religion: Was ist das eigentlich? 3
Religion ist gesellig 4
Die Religion im Rechtssystem 4
Eine kurze Geschichte des Laizismus 6
Karl Marx: Religion ist das „Opium des Volkes" . 6
„Erklärung der Religion als Privatsache" 7
Die Erfahrungen der Revolutionäre 1918 / 1919 . 8
Die Verfassungsgebende Nationalversammlung von Weimar 1919 8
Zur Geschichte der Religionsverfassung bis zur Weimarer Republik 9
Das „Privilegienbündel" der Körperschaft des öffentlichen Rechts 11
Gleichbehandlung für islamische Gemeinden?. 11
Die Zuerkennung des Körperschaftsstatus . . . 12
Der Status „Körperschaft des öffentlichen Rechts" ist anschlussfähig 13
Das Projekt linker Religionspolitik 14
Thema Religion, Kirchen Religionsrecht in den Politischen Berichten (ab 2011) 15
Quellen und Hinweis auf den rls-Gesprächskreis Weltanschaulicher Dialog 16

Neu erschienen . Beilage zu dieser Ausgabe der Politischen Berichte.
Dowonload bei http://www.linkekritik.de/index.php?id=705